

BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF VON BERLIN

Der Bezirksverordnetenvorsteher

EINLADUNG

16. Öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg- Wilmersdorf von Berlin

Ältestenrat am Mittwoch, 18.01.2023, 16:30 Uhr

Unter folgendem Link kann die Sitzung live verfolgt werden: <https://youtu.be/tEG85dSo0EE>

Sitzungstermin: **Donnerstag, 19.01.2023, 17:00 Uhr**

Ort, Raum: **BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin**

Tagesordnung

- 1 **Eröffnung**
- 1.1 **Das Wort hat die Bezirksbürgermeisterin**
- 1.2 **Einwohnerfragestunde** **0389/6**
Bezirksverordnetenvorsteher
- 2 **Geschäftliche Mitteilungen / Dringlichkeiten / Konsensliste**
- 3 **Wahlen**
- 4 **Mündliche Anfragen** **0390/6**
Bezirksverordnete
- 5 **Spontane Anfragen**

6	Vorlagen zur Beschlussfassung	
6.1	Bebauungsplan 4-64 vom 03. August 2020 mit Deckblättern vom 10. Oktober 2022 und vom 13. Dezember 2022 für das Gelände zwischen Nordhauser Straße, Klaustaler Straße, Quedlinburger Straße und Wernigeroder Straße im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, Ortsteil Charlottenburg Abteilung Stadtentwicklung	0388/6
7	Beschlussvorschläge / Beschlussempfehlungen / Anträge	
8	Beschlussempfehlungen	
8.1	Eine*n Beauftragte*n für "Gute Arbeit" auch in Charlottenburg- Wilmersdorf SPD-Fraktion	1961/5
8.2	Anschaffung eines bezirkseigenen Abschleppwagens Grüne/SPD	0037/6
8.3	Transparenz bei der Stadtbaumpflege schaffen CDU-Fraktion	0083/6
8.4	Treibhausgasbilanz einfordern CDU-Fraktion	0085/6
8.5	Energiespar- und Klimaschutzprojekte an Schulen in Charlottenburg- Wilmersdorf Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0119/6
8.6	Barrierefreiheit auch in Parks - der Zaun muss weg SPD-Fraktion	0139/6
8.7	Kontrolle statt Sperrung von Grünflächen FDP-Fraktion	0140/6
8.8	Radfahren ohne Schütteltrauma! CDU-Fraktion	0167/6
8.9	Naturschutz und Förderung Biologischer Vielfalt im Stadtraum: Selbstverpflichtung zum Artenschutz Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0203/6

8.10	Familienzentrum für Alle SPD-Fraktion	0204/6
8.11	ÖKOPROFIT als Kooperationsprojekt im Land umsetzen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0213/6
8.12	Auerbachtunnel für den KfZ-Verkehr erhalten FDP-Fraktion	0222/6
8.12.1	Auerbachtunnel sicher umgestalten Grüne/SPD	0402/6
8.13	Beleuchtung zwischen Münstersche und Westfälische Straße wiederherstellen Fraktion DIE LINKE	0223/6
8.14	Schrottfahrräder endlich beseitigen CDU-Fraktion	0251/6
8.15	Knotenpunkt Schwarzbacher Str./Güterbahnhof Halensee endlich entschärfen CDU-Fraktion	0252/6
8.16	Logistik-Hubs für den Bezirk Grüne/SPD	0266/6
8.17	Politisch motivierte Denkmalschäden dokumentieren Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0267/6
8.18	Erziehungs- und Familienberatungsstellen im Bezirk stärken Fraktion DIE LINKE	0291/6
8.19	Barrierefreier Zugang zum Rathaus – Fahrstühle endlich in Stand setzen Fraktion DIE LINKE	0337/6
8.20	„Kulturquartier Charlottenburg stärken“ Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0349/6
9	Anträge	
9.1	(soziale) Wärme auch in Wärmestuben schaffen SPD-Fraktion	0363/6
9.2	Arbeitsplätze der Galeria Karstadt Kaufhof sichern! Fraktion DIE LINKE	0372/6

9.3	Arbeit am Bebauungsplan für SIGNA am Ku'damm sofort einstellen! Fraktion DIE LINKE	0373/6
9.4	Hände weg von den Rücklagen der Schulen im Bezirk! Fraktion DIE LINKE	0375/6
9.5	Wohnen am Kurfürstendamm Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0391/6
9.6	Baustellenbedingte Gefährdung an der Ludwig-Cauer-Grundschule beseitigen SPD-Fraktion	0392/6
9.7	Rettungswege für Anwohner in der Kantstraße wiederherstellen! CDU-Fraktion	0393/6
9.7.1	Radweg in der Kantstraße aufgeben FDP-Fraktion	0417/6
9.7.2	Bauordnungsrecht achten FDP-Fraktion	0420/6
9.8	Wärmewende und Klimaschutz in die Bereichsentwicklungsplanung Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0394/6
9.9	Menschenwürdige Räumungen SPD-Fraktion	0395/6
9.10	Kulanz statt Abzocke! CDU-Fraktion	0396/6
9.11	Rücktritt der Mitglieder des Bezirksamts nach der Wahlwiederholung FDP-Fraktion	0397/6
9.12	Fasanenplatz und Gerhart-Hauptmann-Anlage qualifizieren, Kulturquartier sichern Grüne/SPD	0398/6
9.13	Treppe zur Terrasse des Seniorenclubs Wallotstraße den Wünschen der Nutzer*innen anpassen SPD-Fraktion	0399/6
9.14	Wieder Seniorenbetreuung in der Seniorenwohnanlage Friedrichshaller Straße / Cunostraße CDU-Fraktion	0400/6
9.15	Mobilitätsrat transparent gestalten Fraktion DIE LINKE	0401/6

9.16	Wechsel von Öl zu nachhaltigen Energieträgern fördern CDU-Fraktion	0403/6
9.17	Mehr Schulwegsicherheit an der Bundesallee Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0404/6
9.18	Aufhebung der Maskenpflicht im Dienstbetrieb des Bezirks FDP-Fraktion	0405/6
9.19	Nutzlose Rad-Parkplätze am Gierkeplatz zurückbauen AfD-Fraktion	0406/6
9.20	Sicherheit in jeder Silvesternacht garantieren! CDU-Fraktion	0407/6
9.21	Treuhänder-Modell im Bezirk Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0408/6
9.22	Wohnen auf Zeit in Milieuschutzgebieten SPD/Grüne	0409/6
9.23	Ausbau der Fahrradabstellanlagen am S-Bahnhof Heerstraße CDU-Fraktion	0410/6
9.24	Weiterbildung und Teilhabe im Bezirk – Öffnung der bezirklichen Bibliotheken auch am Sonntag FDP-Fraktion	0411/6
9.25	Blitzer auf der Uhlandstraße Fraktion DIE LINKE	0412/6
9.26	Parkplätze auf der Königin-Elisabeth-Straße für die Anwohner zur Verfügung stellen CDU-Fraktion	0413/6
9.27	Zeiträume von Sondernutzungen des öffentlichen Straßenlandes überprüfen FDP-Fraktion	0414/6
9.28	Tempo 30 auf der Uhlandstraße Fraktion DIE LINKE	0415/6
9.29	Eine öffentliche Toilette für den S-Bahnhof Messe Nord / ICC (Witzleben) CDU-Fraktion	0416/6

9.30	Verkauf von Feuerwerk und Böllern stoppen – Umwelt und Klima schützen! Fraktion DIE LINKE	0418/6
9.31	Erlass von Sondernutzungsgebühren durch den Senat kompensieren CDU-Fraktion	0419/6
9.32	Das ICC mit nicht-kommerzieller Zwischennutzung für Kunst und Kultur wiederbeleben Fraktion DIE LINKE	0421/6
9.33	Beleuchtung des öffentlichen Raumes auch in Zeiten der Energiekrise gewährleisten CDU-Fraktion	0422/6
9.34	Ideologischen Unsinn im Gierkekiez beenden FDP-Fraktion	0423/6
9.35	Freie Schulträger stärker unterstützen CDU-Fraktion	0424/6
9.36	Saubere Energie und saubere Luft – Ausschöpfen des Potenzials bezirkseigener Objekte I CDU-Fraktion	0425/6
9.37	Saubere Energie und saubere Luft – Ausschöpfen des Potenzials bezirkseigener Objekte II BVV-Büro	0427/6
10	Große Anfragen	
10.1	Wohngeldanträge in Charlottenburg-Wilmersdorf SPD-Fraktion	0295/6
10.2	Energiesicherheit der Verwaltung AfD-Fraktion	0298/6
10.3	Smart City Hardenbergplatz Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0305/6
10.4	Die unendliche Geschichte im Bezirk „Der Sportentwicklungsplan“ CDU-Fraktion	0306/6
10.5	Bilanz zu einem Jahr Bezirksbürgermeisterin und Zählgemeinschaft – der Anfang vom Ende? FDP-Fraktion	0307/6

10.6	Neubau in der Wilmersdorfer Straße 118 - gut für den Kiez und das Klima? Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0377/6
10.7	Fahrradbügel im Bezirk SPD-Fraktion	0378/6
10.8	Standortmanagement für die Uhlandstraße einrichten! CDU-Fraktion	0379/6
10.9	Kita-Entwicklungsplanung im Bereich der Lietzenburger Straße AfD-Fraktion	0380/6
10.10	Klimaschutz durch Radverkehr Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0426/6
10.11	Pop-Up-Radweg Kantstraße - Risiko für Anwohnerinnen und Anwohner? CDU-Fraktion	0428/6
10.12	Personalausfall in Kitas AfD-Fraktion	0429/6
11	Weitere Große Anfragen	

Wolfgang Tillinger
Bezirksverordnetenvorsteher

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Einwohnerfragestunde
Bezirksverordnetenvorsteher

TOP-Nr.:

Einwohnerfragestunde

DS-Nr: 0389/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Einwohnerfragestunde

1. Einwohnerfrage

Manfred Kuhnle
Hunde auf dem Rasen am Karl-August-
Platz vor der Trinitatiskirche

1. Inwiefern ist dieser Platz eine geschützte Grünanlage und was darf man darauf machen?
2. Sind Sie bereit, diese ungenutzte Ostseite als Hundeauslaufgebiet auszuweisen?
3. Sind Sie auch hier bereit, die Investition für Schilder auf der Westseite der Trinitatiskirche für die Spielwiese für Familien mit Kinder, damit eine gewisse Grundhygiene herrschen kann, (also bitte hier keine Hunde) zu beschließen, da dieser Rasen durch die Hunde zum Großteil zum offenen Acker verwandelt wurde?

2. Einwohnerfrage

Rudolf Harthun
Henriettenplatz

1. Warum hat das Bezirksamt nach Ablauf der Genehmigungsfrist 31.12.2022 der Baustelleneinrichtung die Container auf dem Henriettenplatz noch nicht entsorgt?
2. Welche finanziellen Vorsorgen sind zur Wiederherstellung des Medusen-Brunnens getroffen worden?

3. Einwohnerfrage

Jürgen Heilmann
Kleingartenanlage Am Stadtpark 1

1. Wie verhält sich das Bezirksamt zum Ersuchen des Bezirksverbands der Kleingärtner Berlin-Wilmersdorf, den Block 4 der Kleingartenanlage Am Stadtpark I

nach dem Ankauf durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft vorerst in die Entwicklungskategorie 3 (Schutzfrist bis 2030) einzustufen?

2. Wie und bis wann beabsichtigt das Bezirksamt, den von der BVV am 15.12.2022 beschlossenen Antrag umzusetzen und „zu prüfen, ob und in welcher Form – in Zusammenarbeit mit den zuständigen Senatsverwaltungen – eine dauerhafte Sicherung des Blocks IV der Kleingartenkolonie Am Stadtpark I erreicht werden kann“?
3. Werden in dieser Prüfung auch der BVV-Beschluss vom 14.7.2016 zur Übernahme des Bürgerbegehrens zum Schutz der Grünflächen berücksichtigt?

4. Eiwohnerfrage

Joachim Neu
Bürgerbeteiligung

1. Was hat das BA unternommen um die Bürgerbeteiligung auszubauen?
2. Warum ist der Beschluss zum Bürgerhaushalt weder auf Bezirksebene noch auf Landesebene - im Gegensatz zu zahlreichen anderen Berliner Bezirken - bis heute nicht umgesetzt worden?
3. Warum sind auf der Webseite des Bezirks keinerlei Aktivitäten des Büros für Bürgerbeteiligung erkennbar?

5. Einwohnerfrage

Joachim Neu
Stadtteilentwicklung

1. Warum konzentrieren sich die Aktivitäten des BA auf wenige Ortsteile wie Miendorff-Insel, Charlottenburg-Nord?
2. Wann plant endlich das Bezirksamt die Förderung der Basisdemokratie mittels Stadtteilkonferenzen weiterzuentwickeln?
3. Ist das Bezirksamt bereit diese Entwicklung durch Stadtteilbüros auch personell wie finanziell zu fördern?

6. Einwohnerfrage

Joachim Neu
Einwohnerfragen

1. Welches Hindernis gibt es nicht nur die Fragen sondern auch die Antworten (wie vor Jahren üblich) auf die Bezirkswebseite zu stellen?
2. Welche Partizipation will das BA kranken und behinderten Bürgern ermöglichen um Fragen an die BVV und ihre Ausschüsse zu stellen?
3. Wann setzt sich das BA für die Möglichkeit des BeVerGe einer Fragestunde in den Ausschüssen ein?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Vorlage zur Beschlussfassung
Abteilung Stadtentwicklung

TOP-Nr.:

Vorlage zur Beschlussfassung

DS-Nr: 0388/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
19.01.2023	BVV	BVV-016/6

Bebauungsplan 4-64

vom 03. August 2020 mit Deckblättern vom 10. Oktober 2022 und vom 13. Dezember 2022 für das Gelände zwischen Nordhauser Straße, Klaustaler Straße, Quedlinburger Straße und Wernigeroder Straße im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, Ortsteil Charlottenburg

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Biewener/Hansen

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1961/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
27.05.2021	BVV	BVV-057/5 überwiesen	
10.01.2023	HH	HH-016/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	10 J : 6 N : 0 E
	BVV		

Eine*n Beauftragte*n für "Gute Arbeit" auch in Charlottenburg-Wilmersdorf**Beitritt: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion DIE LINKE**

Der Ausschuss für Haushalt, Personal,
Wirtschaftsförderung und Diversity
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, auch für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, wie in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg und Pankow, einen Beauftragten für „Gute Arbeit“ zu berufen. Die Erfahrungen aus den anderen Bezirken sollen in die Konzeptionierung einfließen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2023 zu berichten.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, auch für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, wie in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg und Pankow, einen Beauftragten für „Gute Arbeit“ zu berufen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Grüne/SPD

Kempf/Weise/Zimmer/Sempf

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0037/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.02.2022	BVV	BVV-005/6	überwiesen
02.03.2022	OrdV	OrdV-002/6	vertagt
06.04.2022	OrdV	OrdV-004/6	ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen
10.05.2022	HH	HH-009/6	vertagt
10.01.2023	HH	HH-016/6	ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen
	BVV		

10 J : 6 N : 0 E

Anschaffung eines bezirkseigenen Abschleppwagens

Der Ausschuss für Haushalt, Personal,
Wirtschaftsförderung und Diversity
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zu prüfen, inwieweit ein bezirkseigener Abschleppwagen angeschafft werden kann, um dem Ordnungsamt die Möglichkeit zu geben, eigenständig Fahrzeuge umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.6.2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Zels

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0083/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.03.2022	BVV	BVV-006/6 überwiesen	
13.09.2022	Um	Um-008/6 vertagt	
18.10.2022	Um	Um-009/6 vertagt	
15.11.2022	Um	Um-010/6 vertagt	
29.11.2022	Um	Um-011/6 vertagt	
20.12.2022	Um	Um-012/6 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	15 J : 1 N : 0 E
	BVV		

Transparenz bei der Stadtbaumpflege schaffen

Der Ausschuss für Umwelt,
Grünflächen, Natur- und Klimaschutz
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Zur Schaffung von mehr Transparenz wird das Bezirksamt aufgefordert, ergänzend zu den Fäll- und Neupflanzungslisten auf der Internetseite des Straßen- und Grünflächenamts unter „Baumfällungen und Neupflanzungen“ (<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechen/gruenflaechen/artikel.196234.php>) das jährliche Saldo der im gesamten Bezirk und in den einzelnen Stadtteilen auf öffentlichem Straßenland befindlichen Bäume zu veröffentlichen sowie die Zahl der neu hinzugewonnen bzw. verlorenen Bäume, sodass Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, die Entwicklung der Stadtbaumpflege des Bezirksamtes nachzuvollziehen.

Der BVV ist bis 31. Mai 2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Zels

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0085/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.03.2022	BVV	BVV-006/6 überwiesen	
13.09.2022	Um	Um-008/6 vertagt	
18.10.2022	Um	Um-009/6 vertagt	
15.11.2022	Um	Um-010/6 vertagt	
29.11.2022	Um	Um-011/6 vertagt	
20.12.2022	Um	Um-012/6 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	einstimmig
	BVV		

Treibhausgasbilanz einfordern

Der Ausschuss für Umwelt,
Grünflächen, Natur- und Klimaschutz
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, bei der Senatsverwaltung die für die bezirkliche Treibhausgasbilanz notwendigen Daten einzufordern und somit die bereits für Juni 2020 auf der Internetseite der Bezirksverwaltung angekündigte Bilanz für 2017 zu veröffentlichen (<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutz/klimaschutz/artikel.712319.php>).

Der BVV ist bis 31. Mai 2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Nebel

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0119/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
19.05.2022	BVV	BVV-008/6	überwiesen
21.06.2022	Um	Um-006/6	überwiesen
14.09.2022	LiegIT	LIT-005/6	vertagt
19.10.2022	LiegIT	LIT-006/6	vertagt
16.11.2022	LiegIT	LIT-007/6	mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
06.12.2022	SchulSp	Schu-011/6	vertagt
03.01.2023	SchulSp	Schu-012/6	mit Änderungen im Ausschuss beschlos- sen
	BVV		

11 J : 2 N : 4 E

Energiespar- und Klimaschutzprojekte an Schulen in Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Ausschuss für Schule und Sport
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen Wettbewerb für Energie- und Klimaschutzprojekte an Schulen im Bezirk durchzuführen und dafür eine*n Koordinator*in / Projektverantwortliche*n zu benennen. Zielsetzung und Inhalt der Projekte soll ein praktisches Engagement der Schüler*innen im Verbund mit den Lehrer*innen und, wenn möglich, auch Eltern sein, um durch Recherchen und Überlegungen vor Ort Vorschläge zu Maßnahmen einer Reduzierung des Energieverbrauchs und sonstiger Maßnahmen des Klimaschutzes, zu erarbeiten.

Die Aktivitäten sollen durch kompetente, unabhängige externe Dienstleister begleitet werden. Anfallende Kosten sind aus Projektmitteln zu finanzieren.

Der BVV ist bis zum 30. April 2023 zu berichten.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, Energiespar- und Klimaschutzprojekte an Schulen im Bezirk zu initiieren und dafür eine*n Koordinator*in/Projektverantwortliche*n zu benennen. Zielsetzung und Inhalt der Projekte soll ein praktisches Engagement der Schü-

ler*innen im Verbund mit Lehrer*innen und, wenn möglich, auch Eltern sein, um durch Recherchen und Überlegungen vor Ort Vorschläge zu Maßnahmen einer Reduzierung des Energieverbrauchs, der Substitution durch nicht-fossile Energieträger und sonstiger Maßnahmen des Klimaschutzes zu erarbeiten.

Die Aktivitäten sollten durch kompetente, externe Dienstleister begleitet werden. Über eine Steuerungsgruppe sollen Vertreter*innen des Schulamts, des Facility Managements und des Umweltamts Energiesparprojekte begleiten und unterstützen.

Der BVV ist bis zum 30. September 2022 zu berichten..

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Biewener/Kaufmann

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0139/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
19.05.2022	BVV	BVV-008/6 überwiesen	
18.10.2022	Um	Um-009/6 vertagt	
15.11.2022	Um	Um-010/6 vertagt	
29.11.2022	Um	Um-011/6 vertagt	
20.12.2022	Um	Um-012/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	einstimmig
	BVV		

Barrierefreiheit auch in Parks – der Zaun muss weg

Der Ausschuss für Umwelt, Grünflächen,
Natur- und Klimaschutz
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, den Zaun um die Wiesen im Volkspark Wilmersdorf (westlich von der Bundesallee) mit Öffnungen zu versehen, damit die Wiesen barrierefrei zugänglich sind. Zudem wird das Bezirksamt dazu aufgefordert alternative Möglichkeiten zu prüfen, Radfahrer:innen davon abzuhalten die Wiese zu kreuzen, damit der Zaun wieder dauerhaft entfernt werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Beckers

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0140/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
19.05.2022	BVV	BVV-008/6 überwiesen	
18.10.2022	Um	Um-009/6 vertagt	
15.11.2022	Um	Um-010/6 vertagt	
29.11.2022	Um	Um-011/6 vertagt	
20.12.2022	Um	Um-012/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	14 J : 0 N : 2 E
	BVV		

Kontrolle statt Sperrung von Grünflächen

Der Ausschuss für Umwelt,
Grünflächen, Natur- und Klimaschutz
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

die Drucksache ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie zukünftig Grünanlagen und Grünflächen im Bezirk besser vor Vandalismus und Beschädigung geschützt werden können. Hierzu ist vor allem zwischen Grünflächenamt, Ordnungsamt und Polizei abzustimmen, wie die Überwachung und Kontrolle von übernutzten Anlagen gewährleistet werden kann. Temporäre oder gar dauerhafte Sperrungen der Flächen sind grundsätzlich zu vermeiden und nur im Einzelfall vorzunehmen. Zu prüfen sind auch sog. Rasen- und Bodenschutzsysteme, die dauerhafte Schäden an der Grasnarbe und am Bodengefüge vorbeugen sowie Ertüchtigungsmaßnahmen, um dauerhafte Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Zels

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0167/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
23.06.2022	BVV	BVV-010/6	überwiesen
22.09.2022	OrdV	OrdV-011/6	vertagt
05.10.2022	OrdV	OrdV-012/6	vertagt
24.11.2022	OrdV	OrdV-015/6	vertagt
07.12.2022	OrdV	OrdV-016/6	vertagt
04.01.2023	OrdV	OrdV-017/6	im Ausschuss abgelehnt
	BVV		

6 J : 10 N : 1 E

Radfahren ohne Schütteltrauma!

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache wird abgelehnt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird beauftragt, die Radwege der Kreuzungsbereiche Hohenzollern-
damm zu erneuern bzw. so herzustellen, dass ein Queren ohne Gefahr möglich ist. Im
Zuge dessen ist zu prüfen, ob die Radwege Hohenzollern-
damm ebenfalls saniert werden können.

Der BVV ist bis 30.09.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Drews/Centgraf

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0203/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
01.09.2022	BVV	BVV-011/6 überwiesen	
29.11.2022	Um	Um-011/6 vertagt	
20.12.2022	Um	Um-012/6 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	
21.12.2022	LiegIT BVV	LIT-008/6 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	9 J : 0 N : 6 E

Naturschutz und Förderung Biologischer Vielfalt im Stadtraum: Selbstverpflichtung zum Artenschutz

Der Ausschuss für Liegenschaften und IT
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, eine Selbstverpflichtung für alle Baumaßnahmen an öffentlichen Gebäuden und in der Grüngestaltung in ihrem Umkreis zu beschließen. Dabei ist auf Brutplätze und Lebensräume von Vögeln, von Insekten wie Wildbienen und Hummeln und von Bodentieren zu achten. Bei Baumaßnahmen ist neben der Vermeidung von Verlusten für den Artenschutz zugleich darauf zu achten, dass neue „Angebote“ geschaffen werden.

Der BVV ist bis zum 30. April 2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0204/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
01.09.2022	BVV	BVV-011/6 überwiesen	
14.10.2022	JHA	JHA-009/6 vertagt	
03.11.2022	JHA	JHA-010/6 vertagt	
05.01.2023	JHA	JHA-013/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	9 J : 0 N : 2 E
	BVV		

Familienzentrum für Alle

Der Jugendhilfeausschuss
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt soll langfristig sozialräumlich orientiert im Bezirk Familienzentren errichten. Als nächste Bedarfsregion soll dabei ein Familienzentrum in Charlottenburg-City entstehen.

Der BVV ist bis zum 31. Juli 2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Nebel

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0213/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
01.09.2022	BVV	BVV-011/6 überwiesen	
20.12.2022	Um BVV	Um-012/6 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	11 J : 1 N : 3 E

ÖKOPROFIT als Kooperationsprojekt im Land umsetzen

Der Ausschuss für Umwelt,
Grünflächen, Natur- und Klimaschutz
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, den Senat von Berlin aufzufordern, das national und international als ÖKOPROFIT (Ökologisches Projekt Für Integrierte Umwelt-Technik) bekannte Konzept als Kooperationsprojekt zwischen Senat und der örtlichen Wirtschaft mit dem Ziel der Betriebskostensenkung unter gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen (Energie, Wasser und Abfall) umzusetzen. Angesichts der aktuellen Energiekrise soll ein Schwerpunkt auf das Modul „ÖKOPROFIT Energie“ gelegt werden, um Energiesparpotenziale auszuschöpfen. Dafür sollen produzierende Unternehmen, Dienstleister, Sozialeinrichtungen und Handwerksbetriebe aller Größenordnungen in Berlin gleichermaßen angesprochen werden. Die ÖKOPROFIT-zertifizierten Betriebe sollen in einem lokalen Netzwerk zusammengefasst werden, in dem sie regelmäßig über neue Entwicklungen im Umweltrecht sowie über relevante organisatorische und technische Neuheiten informiert werden.

Der BVV ist bis zum 30. April 2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Bergmann

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0222/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
01.09.2022	BVV	BVV-011/6	überwiesen
07.12.2022	OrdV	OrdV-016/6	vertagt
04.01.2023	OrdV	OrdV-017/6	im Ausschuss abgelehnt
	BVV		

6 J : 11 N : 0 E

Auerbachtunnel für den KfZ-Verkehr erhalten

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache wird abgelehnt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, im Rahmen der Planungen des Radschnellwegs Kronprinzessinnenweg den Auerbachtunnel in beiden Richtungen für den KfZ-Verkehr befahrbar zu lassen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Grüne/SPD

Kempf/Weise/Balkow/Zimmer/Sempf

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0402/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Auerbachtunnel sicher umgestalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt soll sich weiterhin dafür einsetzen, dass im Zuge der Planungen für die Radschnellverbindung Kronprinzessinnenweg eine Lösung für den Auerbachtunnel gefunden wird, die sowohl die Anforderungen des Berliner Mobilitätsgesetzes, des Leitfadens für Radschnellverbindungen der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) als auch die Bedürfnisse des Kfz-Anliegerverkehrs angemessen berücksichtigt.

Der BVV ist bis zum 31.5.2023 zu berichten.

Begründung:

Der Auerbachtunnel entspricht in seiner jetzigen Ausgestaltung nicht den Anforderungen des Berliner Mobilitätsgesetzes und seiner künftigen Funktion als sichere Radverkehrsverbindung. Hier soll eine Lösung erarbeitet werden, die die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden sicherstellt. Der nördlich des Auerbachtunnels gelegene Fußgängertunnel am S-Bahnhof Grunewald stellt keine geeignete Querung der Bahntrasse für den Radverkehr dar, da Radfahren hier verboten ist und dieser Tunnel ausschließlich den Fußgänger*innen und ÖPNV-Nutzenden dient.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0223/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
01.09.2022	BVV	BVV-011/6 überwiesen	
07.12.2022	OrdV	OrdV-016/6	vertagt
04.01.2023	OrdV	OrdV-017/6	ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen
	BVV		einstimmig

Beleuchtung zwischen Münstersche und Westfälische Straße wiederherstellen

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen dafür Sorge zu tragen, dass die Beleuchtung des Fußwegs zwischen Münstersche und Westfälische Straße umgehend wieder hergestellt wird. Dafür sollen möglichst LED-Beleuchtungen Verwendung finden.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/ Pönack

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0251/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
29.09.2022	BVV	BVV-012/6 überwiesen	
07.12.2022	OrdV	OrdV-016/6	vertagt
04.01.2023	OrdV	OrdV-017/6	ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen
	BVV		einstimmig

Schrottfahrräder endlich beseitigen

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert ein Konzept zur schnelleren und effizienteren Beseitigung der zahllosen Schrottfahrräder im Bezirk zu erstellen und dieses umzusetzen. Grundlage bleibt dabei der Beschluss vom 29.10.2020 (1603/5), auf den es aufzubauen gilt. Das Bezirksamt soll sich dabei weiterhin am Vorgehen der Pankower Kollegen orientieren und von den bereits gemachten Erfahrungen profitieren. Bezüglich der Kooperation mit freien Trägern sollen weitere identifiziert werden, um die Vorgänge zu beschleunigen. Kooperationen mit Fahrradwerkstätten wie der im Jugendclub Heckerdamm oder Behindertenwerkstätten sollen ebenfalls geprüft werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 erstmalig zu berichten. Anschließend sollen jährliche Zwischenberichte erfolgen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/ Fenske

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0252/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
29.09.2022	BVV	BVV-012/6 überwiesen	
07.12.2022	OrdV	OrdV-016/6 vertagt	
04.01.2023	OrdV	OrdV-017/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	16 J : 0 N : 1 E
	BVV		

Knotenpunkt Schwarzbacher Str./Güterbahnhof Halensee endlich entschärfen

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Haltverbot auf der Schwarzbacher Str. 1-5 anzuordnen, um hier den Verkehr sicherer zu gestalten.

Der BVV ist bis zum 31. März 2023 zu berichten.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Haltverbot – gegebenenfalls zeitlich befristet – auf der Schwarzbacher Str. 1-5 anzuordnen, um hier den Verkehr sicherer zu gestalten.

Der BVV ist bis zum 31. Oktober 2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Grüne/SPD

Kempf/Weise/Zimmer/Gusy/Sempf

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0266/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
29.09.2022	BVV	BVV-012/6	überwiesen
26.10.2022	Stadt	Stad-015/6	ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen
24.11.2022	OrdV	OrdV-015/6	vertagt
07.12.2022	OrdV	OrdV-016/6	vertagt
04.01.2023	OrdV	OrdV-017/6	mit Änderungen im Ausschuss beschlos- sen
	BVV		

16 J : 0 N : 1 E

Logistik-Hubs für den Bezirk

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten
und Verkehr
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, ein Konzept für die Auslieferung von Waren im Bezirk zu erstellen, damit anbieteroffen die letzte Meile durch Lastenräder erfolgen kann. Dabei ist festzustellen, welcher städtebaulichen Voraussetzungen es für die Festlegung solcher Logistik-Hubs bedarf. Außerdem sind Standorte oder Regionen zu benennen, um den ganzen Bezirk abzudecken.

Das Bezirksamt wird weiterhin aufgefordert über die Möglichkeit der Stellungnahme des Rates der Bürgermeister zum Entwurf des neuen Teil III (Wirtschaftsverkehr) zum Mobilitätsgesetz, Planungsinstrumente zur Errichtung von Logistik-Hubs, zur Bündelung bei der Belieferung der Bürger durch den Internethandel (analog zu den Grätzel-Boxen in Wien) und zur Verbesserung der Auslastung der Lieferfahrzeuge bei der Belieferung des Einzelhandels aus den großen Logistikzentren (u.a. durch Konzessionierungsinstrumente) zu verankern.

Der BVV ist bis zum 30.06. 2023 zu berichten.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird gebeten, ein Konzept für die Auslieferung von Waren im Bezirk zu erstellen, damit anbieteroffen die letzte Meile durch Lastenräder erfolgen kann. Dabei ist festzustellen, welcher städtebaulichen Voraussetzungen es für die Festlegung solcher Logistik-Hubs bedarf. Außerdem sind Standorte oder Regionen zu benennen, um den ganzen Bezirk abzudecken.

Der BVV ist bis zum 31.1.2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0267/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
29.09.2022	BVV	BVV-012/6 überwiesen	
08.11.2022	Weiku	WK-007/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	
29.11.2022	Um	Um-011/6 vertagt	
20.12.2022	Um	Um-012/6 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	10 J : 0 N : 6 E
	BVV		

Politisch motivierte Denkmalschäden dokumentieren

Der Ausschuss für Umwelt,
Grünflächen, Natur- und Klimaschutz
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, mutwillige und politisch motivierte Schäden und Beschmierungen von Denkmälern in Charlottenburg-Wilmersdorf dem Register Charlottenburg-Wilmersdorf zugänglich zu machen. Das Register soll hier vor allem politisch motivierte Schäden und Beschmierungen in seinen jährlichen Bericht aufnehmen können. Auch der Denkmalbeirat soll in Rahmen seiner Sitzungen dazu unterrichtet werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird gebeten, mutwillige und politisch motivierte Schäden und Beschmierungen von Denkmälern (bspw. durch Graffiti) in Charlottenburg-Wilmersdorf dem Register Charlottenburg-Wilmersdorf zugänglich zu machen. Das Register soll hier vor allem politisch motivierte Schäden und Beschmierungen in seinen jährlichen Bericht aufnehmen können. Auch der Denkmalbeirat soll in Rahmen seiner Sitzungen dazu unterrichtet werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Dr. Zetsche

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0291/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
20.10.2022	BVV	BVV-013/6 überwiesen	
03.11.2022	JHA	JHA-010/6 vertagt	
05.01.2023	JHA	JHA-013/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	10 J : 1 N : 0 E
	BVV		

Erziehungs- und Familienberatungsstellen im Bezirk stärken

Der Jugendhilfeausschuss
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird beauftragt, Erziehungs- und Familienberatungsstellen im Bezirk durch personelle Aufstockung im Umfang der hierfür von der Senatsverwaltung zur Verfügung gestellten Mittel für den Doppelhaushalt 2022/23 zu stärken.

Der BVV ist bis zum 30.6.2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Dr. Zetsche

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0337/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.11.2022	BVV	BVV-014/6 überwiesen	
21.12.2022	LieglIT BVV	LIT-008/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	14 J : 1 N : 0 E

Barrierefreier Zugang zum Rathaus – Fahrstühle endlich in Stand setzen

Der Ausschuss für Liegenschaften und IT
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird ersucht, dass das Rathaus Charlottenburg-Wilmersdorf als eines der wichtigsten öffentlichen Gebäude des Bezirks unverzüglich auch wieder von der Otto-Suhr-Allee barrierefrei besucht werden kann. Dafür müssen die Fahrstühle

- vom Eingang Otto-Suhr-Allee 98 zum 1. OG sowie
- vom 1. OG (gegenüber der Pforte) in die oberen Stockwerke

schnellstmöglich wieder in Stand gesetzt werden. Die Reparaturarbeiten müssen absolute Priorität genießen und dringend vom Bezirksamt vorangetrieben werden.

Die durchgängige barrierefreie Erreichbarkeit sämtlicher Bereiche des Rathauses Charlottenburg muss dauerhaft sichergestellt werden. Notfallpläne und temporäre Überbrückungsmaßnahmen sind in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat zu erstellen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0349/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
15.12.2022	BVV	BVV-015/6 überwiesen	
10.01.2023	Weiku BVV	WK-009/6 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	einstimmig

"Kulturquartier Charlottenburg stärken"**Beitritt: CDU-Fraktion, SPD-Fraktion**

Der Ausschuss für Weiterbildung und Kultur
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zu den rund um das Schloss Charlottenburg liegenden Kunst- und Kultureinrichtungen Kontakt aufzunehmen, um gemeinsame Aktivitäten für ein „Kulturquartier Charlottenburg“ zu entwickeln. Denkbar sind gemeinsame Flyer und Werbebroschüren oder auch ein Kombi-Ticket für alle Einrichtungen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempf/Dr. Biewener/Hansen/Dr. Tesch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0363/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
15.12.2022	BVV	BVV-015/6

(soziale) Wärme auch in Wärmestuben schaffen**Beitritt: Fraktion B'90/Die Grünen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich für die Schaffung von weiteren Wärmestuben im Bezirk einzusetzen. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit bezirkseigene Liegenschaften als warme Aufenthaltsräume genutzt werden können. Auch der Ausschank von warmen Getränken und Speisen ist dabei zu prüfen.

Der BVV ist bis zum 28.02.2023 zu berichten.

Begründung:

Es gibt in Berlin immer weniger Wärmestuben. Dies ist in der aktuellen Energiekrise ein unhaltbarer Zustand. Es gibt nur wenig Räume, in denen sich Menschen wärmen bzw. ein heißes Getränk oder warme Speisen bekommen können. Wir brauchen solche Einrichtungen auch in unserem Bezirk. Auch die temporäre Nutzung von bezirkseigenen Liegenschaften soll dabei geprüft werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel/Deißler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0372/6**

Beratungsfolge:

Datum Gremium

BVV

Arbeitsplätze der Galeria Karstadt Kaufhof sichern!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt solidarisiert sich öffentlich mit den Beschäftigten der Galeria Karstadt Kaufhof.

Solange der im Letter of Intent (LoI) zwischen Senat, Galeria Karstadt Kaufhof und der SIGNA-Gruppe vereinbarte Fortbestand der Warenhäuser nicht gewährleistet ist, wirkt das Bezirksamt auf einen vorläufigen Stopp städtebaulicher Projekte an den Warenhausstandorten im Bezirk hin.

Sollte die Vereinbarung zwischen dem Senat von Berlin, Galeria Karstadt Kaufhof und SIGNA-Gruppe von 2020 nicht weiterhin im Sinne der Beschäftigten Bestand haben, wird das Bezirksamt aufgefordert, sich für eine Neuverhandlung der Vereinbarung (Letter of Intent) einzusetzen, um die Arbeitsplätze der Mitarbeiter:innen von Galeria Karstadt Kaufhof zu sichern.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

Im Letter of Intent (LoI) aus dem August 2020 wurde u. a. vereinbart:

„Die SIGNA-Gruppe, die Geschäftsführung von GALERIA Karstadt Kaufhof und der Senat von Berlin kommen überein, das Unternehmen dabei zu unterstützen, sich zukunftsfähig aufzustellen und den Großteil der Standorte, der Arbeitsplätze und der entsprechenden Warenhaus-Verkaufsflächen in Berlin zu erhalten. Die unterzeichnenden Parteien setzen sich gemeinschaftlich und partnerschaftlich für den Fortbestand der Warenhausstandorte von GALERIA Karstadt Kaufhof sowie für die Umsetzung damit in Zusammenhang stehender städtebaulicher Projekte ein und treffen dazu nachstehende Vereinbarung. Der Senat wird die Bezirke bei den in ihrer Zuständigkeit liegenden und zur Erfüllung dieses LoI erforderlichen Aufgaben unterstützen.“

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Deißler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0373/6**

Beratungsfolge:

Datum Gremium

BVV

Arbeit am Bebauungsplan für SIGNA am Ku'damm sofort einstellen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, dass die Arbeiten am vorhabenbezogenen Bebauungsplan 4-81 (Karstadt Ku'damm) mit sofortiger Wirkung eingestellt werden.

Zentrale Eckpunkte für die Neuauflage eines B-Plans sollen sein:

1. Keine Überschreitung der Vereinbarungen aus dem „Letter of Intent“, wonach höchstens 2 Hochpunkte bis 60 Meter Höhe errichtet werden können, damit die städtebauliche Höhendominante am Breitscheidplatz erhalten bleibt. Das Hochhauskonzept City West soll umfassend berücksichtigt werden.
2. Festsetzung eines relevanten Anteils der Bruttogeschossfläche für gemeinwohlorientierte Nutzungen.
3. Perspektivisch sollen Vorbereitungen für eine teilnahmebezogene, soziale und ökologische Neuplanung des Standorts getroffen werden – unter Einbeziehung der Beschäftigten und ver.di und unter Erhalt aller Beschäftigungsverhältnisse.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

SIGNA ist ein Konzern, der hauptsächlich im Bereich der Grundstücksverwertung (Real Estate) arbeitet und nebenher auch vertraglich übernommene Warenhäuser betreiben muss. Im Warenhausbereich meldet die SIGNA-Sparte Galeria-Kaufhof Insolvenz für mehrere Kaufhäuser an, gleichzeitig kassiert der Konzern staatliche Subventionen, um den Warenhausbetrieb mit Hunderten von Arbeitsplätzen zu erhalten. Die Sparte Grundstücksverwertung möchte Grundstücke des übernommenen Karstadt-Konzerns gewinnmaximierend verwerten und zahlt Dividende aus.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Dr. Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0375/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
15.12.2022	BVV	BVV-015/6

Hände weg von den Rücklagen der Schulen im Bezirk!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Streichung der Rücklagen der Schuletats zurückzunehmen und somit §7 (6) Schulgesetz einzuhalten. Die Rücklagen sollen wie auch bisher gehandhabt für weitere, dringend benötigte Sachausgaben über das Jahresende hinaus den Schulen in Charlottenburg-Wilmersdorf zur Verfügung stehen.

Begründung:

Die Bildung von Rücklagen durch Schulen ist nach §7 (6) des Berliner Schulgesetzes ausdrücklich möglich, um Maßnahmen und Investitionen zu finanzieren, die den Umfang der jährlich zugewiesenen Mittel übersteigen. Haushaltssanierungen – weder im Bezirk noch auf Landesebene – dürfen nicht zu Lasten der Schulen und damit der Schüler:innen geschehen. Die Coronapandemie aber auch der starke Zuwachs an geflüchteten Schüler:innen in den letzten Jahren sowie der generell schlechte bauliche Zustand stellt Schulen vor große Herausforderungen. Hinzu kommt ein extrem kurzes Haushaltsjahr 2022/23. Eine vorzeitige Streichung der Rücklagen würde die Schulen unnötig unter Druck setzen und die ohnehin schwierige Situation für Schüler:innen und Lehrer:innen unnötig verschärfen. Die Rückführung der Mittel in den kommenden Bezirkshaushalt ist abzulehnen. Die Mittel gehören den Schulen und dienen nicht der Sanierung klammer Haushalte!

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Gusy/Chen

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0391/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

Wohnen am Kurfürstendamm

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die planungsrechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit am Kurfürstendamm und den Seitenstraßen bei Umnutzung oder Neubau ein wesentlicher Wohnanteil an der Nutzung zu berücksichtigen ist. Ferner ist zu prüfen, ob und wie die kooperative Baulandgewinnung angewendet werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.6.2023 zu berichten.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Saric/Dr. Tesch

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0392/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

Baustellenbedingte Gefährdung an der Ludwig-Cauer-Grundschule beseitigen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um die baustellenbedingte Gefährdung an der Ludwig-Cauer-Grundschule in der Loschmidtstraße einzudämmen. Folgende Maßnahmen sollen umgesetzt werden:

- die Durchsetzung des Haltverbot vor dem Behelfs-Fußgängerüberweg,
- die Einrichtung eines Haltverbot hinter dem Behelfs-Fußgängerüberweg,
- die Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung in der Loschmidtstraße,
- die Aufstellung von Absperrschranken am nördlichen Zugang zur Loschmidtstraße, die das Einfahren in die Einbahnstraße verhindern,
- die Durchsetzung des Haltverbot am südlichen Ende der Loschmidtstraße,
- die Organisation eines Schülerlotsendienstes.

Weiterhin wird das Bezirksamt aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass ein weiterer Behelfs-Fußgängerüberweg südlich der Baustelle in der Loschmidtstraße angelegt wird.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Die bisher erfolgten Maßnahmen zur Sicherung des Schulweges der Schülerinnen und Schüler der Ludwig-Cauer-Grundschule sind nicht ausreichend und werden nicht genügend durchgesetzt. Es wurde zwar ein Behelfs-Fußgängerüberweg angelegt, damit die Schulkinder die Baustelle umgehen können, allerdings wurde kein zweiter Behelfs-Fußgängerüberweg angelegt, damit die Schülerinnen und Schüler wieder sicher auf die Straßenseite gelangen können, auf der sich ihre Schule befindet. Die bereits bestehenden Haltverbote werden häufig nicht befolgt. In der Loschmidtstraße befindet sich neben der Ludwig-Cauer-Grundschule, auch die

Jugendverkehrsschule Charlottenburg sowie die Loschmidt-Oberschule. Des Weiteren befindet sich in der Nebenstraße die Evangelische Schule Charlottenburg, deren Schülerinnen und Schülern die Loschmidtstraße ebenfalls als Schulweg dient. Die hohe Dichte an Schulen in der Straße und Umgebung macht es dringend erforderlich, dass die Maßnahmen zur Schulwegsicherheit unverzüglich umgesetzt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Sell

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0393/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Rettungswege für Anwohner in der Kantstraße wiederherstellen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, umgehend für die Eigentümer bzw. Anwohnerinnen und Anwohner in der Kantstraße die Rettungswege wieder herzustellen, da die augenblickliche Situation durch den Pop-Up-Radweg gegen geltendes Baurecht verstößt.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Beantwortung der Schriftlichen Anfrage 0718/5

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke-Friedrich/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0417/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Radweg in der Kantstraße aufgeben

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, unverzüglich nach Abstimmung mit der zuständigen Senatsverwaltung den Radweg in der Kantstraße aufzugeben.

Begründung:

- erfolgt mündlich –

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke-Friedrich/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0420/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Bauordnungsrecht achten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, unverzüglich im Bereich der Kantstraße die Aufstellflächen für Hubrettungsfahrzeuge der Berliner Feuerwehr wiederherzustellen und die bauordnungsrechtlich vorgeschriebenen Gegebenheiten sicherzustellen.

Begründung:

- erfolgt mündlich -

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Gusy/Centgraf

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0394/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Wärmewende und Klimaschutz in die Bereichsentwicklungsplanung

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Ziele Wärmewende und Klimaschutz als eigene Leitlinien in die Bereichsentwicklungsplanung aufzunehmen.

Der BVV ist bis zum 31.3. 2023 zu berichten.

Begründung:

Bisher ist der Klimaschutz nur im Bereich der Klimaanpassung berücksichtigt, nicht jedoch vollumfänglich als eigenständiger Bereich. Ferner ist der Wärmeverbrauch ein wesentlicher Faktor der Klimabelastung. Von daher sollten beide Bereiche eigenständig in der Bereichsentwicklungsplanung berücksichtigt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Biewener/Hansen

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0395/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Menschenwürdige Räumungen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, jede geplante Räumung von Gegenständen von obdachlosen Personen, vorab den zuständigen Ausschuss für Soziales, sowie dem Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr unaufgefordert vor der Umsetzung der Maßnahme mitzuteilen.

Bei unvermeidlichen Räumungen müssen frühzeitig die betroffenen Personen über die Maßnahme unterrichtet und alternative Unterbringungs- und Hilfsangebote angeboten werden. Es ist von Räumungen abzusehen, wenn die umliegenden Notunterkünfte bzw. Kältehilfeeinrichtungen keine Kapazitäten mehr haben. Mit einem regelmäßigen Streetworkprojekt sollen obdachlose Menschen an den bekannten Aufenthaltsorten betreut werden.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

In letzter Zeit häufen sich die Berichte, dass das Hab und Gut von obdachlosen Menschen ohne vorhergehende Ankündigung geräumt wurden. In der BVV wurde von dem Entsorgen von Müll gesprochen. Dieser Müll ist das Eigentum von obdachlosen Personen, die sonst keinen festen Aufenthaltsort besitzen. Zur Überprüfung, der vom Bezirksamt durchgeführten Maßnahmen, muss es daher den Bezirksverordneten möglich sein, an diesen Räumungen teilnehmen und sich selbst ein Bild machen zu können.

Es ist zwingend notwendig, dass unvermeidbare Räumungen lange im Voraus geplant sind und den Betroffenen angekündigt werden. Ihnen müssen adäquate Unterbringungs- und Hilfsangebote gemacht werden. Denn keiner dieser Menschen ist weniger wert als ein anderer Mensch und gehört entsprechend versorgt, z.B. durch ein regelmäßig durchgeführtes Streetworkprojekt vor Ort.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Sell

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0396/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kulanz statt Abzocke!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in Bezug auf die geltenden Bereiche der Parkraumbewirtschaftung, Kulanzzonen entlang der Grenzen der Parkraumbewirtschaftungszonen einzurichten.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Aufgrund der hohen Parkraumbelastung und diverser Baustellen müssen private Kraftfahrzeuge häufig außerhalb der ihnen zugewiesenen Parkzonen abgestellt werden. In der Folge werden dadurch Verwarnungsgelder erhoben. Um dem entgegen zu wirken, empfiehlt es sich, entlang der Grenzen zwischen den Parkraumbewirtschaftungszonen Kulanzbereiche einzurichten. Diese sollen sich an jeder Kreuzung der Grenzen in alle vorhandenen Fahrtrichtungen bis zur jeweils nächsten Straßenquerung erstrecken. Der Unmut derer, die in einem zugewiesenen Bereich parken dürfen, wird lauter, je häufiger die Betroffenen in Ermangelung freier Parkplätze im Nahbereich der eigenen Parkzone parken müssen und hierfür sanktioniert werden.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke-Friedrich/Bergmann

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0397/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Rücktritt der Mitglieder des Bezirksamts nach der Wahlwiederholung

Die BVV möge beschließen:

Die Mitglieder des Bezirksamts werden aufgefordert, nach der anstehenden Nachwahl zur Bezirksverordnetenversammlung am 12. Februar 2023 gem. § 23 Abs. 1 Nr. 4 BeamtStG ihre Entlassung zu verlangen und damit von ihrem Amt zurückzutreten. Die bisherigen Mitglieder des Bezirksamts tragen durch ihr Rücktrittsgesuch dazu bei, dass die Ergebnisse der Nachwahl schnellstmöglich umgesetzt werden können und im Sinne der Wählerinnen und Wähler ohne langwieriges Verfahren ein neues Bezirksamt gem. § 35 Abs. 1 BezVerwG durch die BVV bestimmt werden kann.

Begründung:

Die Bezirksstadträtinnen und Bezirksstadträte und die Bezirksbürgermeisterin haben im Rahmen der Wahlverbeamtung formal Ernennungsurkunden bis zum Ende der Wahlperiode 2026. Die durch das Urteil des Landesverfassungsgerichts ausgelöste Nachwahl hat zunächst keinen Einfluss auf ihre Amtsführung. Um jedoch dem Willen der Wählerinnen und Wähler zu entsprechen, sollten sich alle sechs Bezirksstadträte bereits jetzt verpflichten, nach der Wahl am 12. Februar 2023 zurückzutreten. Selbstverständlich besteht für die Mitglieder des Bezirksamts die Möglichkeit der Wiederwahl durch die BVV.

Für die formale Abwahl der Bezirksstadträte wäre eine Zweidrittelmehrheit in der BVV notwendig. Es wäre demokratietheoretisch jedoch schlicht untragbar, dass nach der Wahl nicht vom Wähler legitimierte Personen weiter Mitglieder des Bezirksamts sind. Die Entscheidung über die Abberufung darf in diesem Fall nicht einem Mehrheitsvotum der BVV obliegen. Hier könnte eine politische oder persönliche Motivation der Bezirksstadträte (Pensionsansprüche) den Willen des Wählers torpedieren. Jedes Bezirksamtsmitglied trägt hier auch eine Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Grüne/SPD
Kempf/Weise/Sempff/Gusy/Chen/Spiel-
berg/Kaufmann

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0398/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Fasanenplatz und Gerhart-Hauptmann-Anlage qualifizieren, Kulturquartier sichern

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung fordert das Bezirksamt auf, die Fläche zwischen Schaper- und Meierottostraße zu einem "Kulturquartier Fasanenplatz" zu entwickeln.

Dafür soll die Durchwegung für die Öffentlichkeit- und Grünflächen mit hoher Aufenthaltsqualität in qualifizierter Form hergestellt, die bestehenden Institutionen vor Ort gesichert und Erweiterungsmöglichkeiten der am Ort ansässigen Kultur- und Bildungsinstitutionen geschaffen werden. Insgesamt soll die Versiegelung der Fläche auf dem Areal wesentlich reduziert werden.

Das Bezirksamt wird aufgefordert, diese Ziele planungsrechtlich abzusichern. Falls erforderlich, soll der bestehende Bebauungsplan für das Gelände der Fläche zwischen Scharper- und Meierottostraße sowie der Gerhart-Hauptmann-Anlage in diesem Sinne qualifiziert werden.

Die Bezirksverordnetenversammlung unterstützt die Bemühungen des Bezirksamts gegenüber dem Senat, den Ankauf der sich derzeit im Privateigentum befindlichen Flächen zu ermöglichen.

Das Bezirksamt wird gebeten, die Gespräche mit den vor Ort befindlichen Institutionen weiterzuführen, um die Erweiterungsbedarfe zu ermitteln. Die Ergebnisse sollen in einen Quartiersplan für das Areal fließen, der in einer Bürgerversammlung vorzustellen ist.

Der BVV ist bis zum 31.5.2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Hansen/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0399/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Treppe zur Terrasse des Seniorenclubs Wallotstraße den Wünschen der Nutzer*innen anpassen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Treppe zur Terrasse des Clubs dahingehend baulich zu verändern, dass aus den zwei sehr hohen Stufen, drei oder vier mit normaler Tritthöhe geschaffen werden.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Nutzer*innen und Ehrenamtlichen des Seniorenclubs nehmen lieber den direkten Zugang über die steile Treppe zur Terrasse als den langen Weg über den Haupteingang, insbesondere wenn Kaffeetafeln im Sommer stattfinden und Geschirr zu transportieren ist.

Auch wenn die steile Treppe ursprünglich nur als Nottreppe gedacht war, so sollte sie zumindest so gestaltet werden, dass sie barrierearm und ohne Unfallgefahr zu nutzen ist.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Stückler/Zucker

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0400/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Wieder Seniorenbetreuung in der Seniorenwohnanlage Friedrichshaller Straße /
Cunostraße**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, für die Seniorenwohnanlage Friedrichshaller Str. 34-37, Cunostr. 3 wieder eine Stelle im Umfang von mindestens einem halben VZÄ einzurichten, deren Aufgabe es ist, Angebote für die Senioren zu entwickeln und umzusetzen und als Ansprechperson für die Gemeinschaftsräume, Wasch- und Trockenräume, Keller und Fahrradkeller zuständig zu sein.

Bei der Entwicklung der Angebote für die Senioren ist auch die Wiedereröffnung des Seniorenclubs in den Gemeinschaftsräumen der Anlage zu prüfen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Seniorenwohnanlage Friedrichshaller Str. 34-37, Cunostr. 3 wurde bis April 2022 von einer beim Bezirksamt angestellten Altenpflegehelferin betreut. Sie war für die Senioren Ansprechpartnerin vor Ort, kümmerte sich um die Gemeinschaftsräume und organisierte Freizeitaktivitäten und Nachbarschaftspflege für die Senioren. Im April letzten Jahres wurde sie verrentet. Zurzeit gibt es keinen Ansprechpartner vor Ort, der über Schlüssel verfügt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0401/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mobilitätsrat transparent gestalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Sitzungsprotokolle und entsprechende Unterlagen aller Sitzungen des Mobilitätsrats gemäß Mobilitätsgesetz § 37 (8) der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, d. h. diese auf der Webseite des Bezirksamts einzustellen.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Zels

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0403/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Wechsel von Öl zu nachhaltigen Energieträgern fördern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, eine Informationskampagne konzipieren zu lassen und umzusetzen, um den Wechsel von Ölheizungen zu nachhaltigen Heizungsanlagen bei Eigenheimbesitzern zu fördern.

Der BVV ist bis 30. Juni 2023 zu berichten.

Begründung:

Die Ölheizungen sind im Bezirk vergleichsweise immer noch zahlreich in Nutzung und die aktuell hohen Energiepreise für Öl stellen ein Opportunitätsfenster für einen Wechsel dar, der dem Eigenheimbesitzer und dem Klima nützt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Balkow/Zimmer

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0404/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Schulwegsicherheit an der Bundesallee

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher – und Klimaschutz und der neue gegründeten landeseigenen InfraSignal für längere Ampelphasen für den die Bundesallee querenden Fußverkehr einzusetzen. Aus Gründen der Schulwegsicherheit soll hierbei prioritär die Ampelphasen für den Fußverkehr an der Kreuzung Bundesallee/Trautenaustraße sowie darauf folgend die Kreuzungen Bundesallee/Güntzelstraße und Bundesallee/Hildegardstraße umgestellt werden. Zudem sollen alle rechtlichen Möglichkeiten zur Anordnung von Tempo 30 auf der Bundesallee genutzt werden.

Des Weiteren soll sich das Bezirksamt bei der Senatsverwaltung für Inneres und der Polizei Berlin für weitere stationäre Blitzer zur Geschwindigkeitsüberwachung entlang der Bundesallee einsetzen.

Der BVV ist bis zum 31.07.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Bundesallee in Wilmersdorf ist in ihrer heutigen Gestaltung ein Relikt der autogerechten Stadt, die Kieze durchschneidet sowie Fußverkehr und Schulwege gefährdet. Insbesondere überhöhte Geschwindigkeiten des Autoverkehrs und die zu kurze Ampelphase für den die Bundesallee querenden Fußverkehr sind hier ein Problem. Auf diese Situation haben Eltern und Schüler*innen der an die Bundesallee angrenzenden Cecilien-Schule bei einer Demonstration am 06.12.2022 aufmerksam gemacht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke-Friedrich/Schuchert

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0405/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Aufhebung der Maskenpflicht im Dienstbetrieb des Bezirks

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Verpflichtung zum Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske oder einer FFP2-Maske in den Bürodienstgebäuden sowie in dienstlich genutzten Fahrzeugen des Bezirks aufzuheben.

Begründung:

Das Bezirksamt hat abweichend von zahlreichen anderen Geschäftsbereichen weiterhin an einer Maskenpflicht festgehalten und diese sogar zuletzt im Dezember 2022 noch einmal verschärft. Insbesondere wo nun auch Maskenpflicht für den Öffentlichen Nahverkehr in Berlin und Brandenburg am 2. Februar aufgehoben werden soll, ist es nicht mehr sach- und zeitgerecht an der allgemeinen Maskenpflicht festzuhalten. Es ist vielmehr auf Freiwilligkeit und die Empfehlung für das Tragen der Maske zu setzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Kohler/Kadow/Dr. Seyfert

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0406/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Nutzlose Rad-Parkplätze am Gierkeplatz zurückbauen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, ob die 68 Stellplätze am Gierkeplatz ganz oder teilweise zurückgebaut werden können.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:
erfolgt mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Hartmann

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0407/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Sicherheit in jeder Silvesternacht garantieren!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt möge sich jetzt schon dafür einsetzen, dass die amtierende Regierende Bürgermeisterin von Berlin in Richtung Bundesregierung und die zuständigen Senatorinnen und Senatoren kein Behördenpingpong untereinander beginnen, sondern ihre/seine Hausaufgaben erledigen, so dass alle Möglichkeiten zur konsequenten Strafverfolgung ausgeschöpft werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Ereignisse der Silvesternacht 2022 zu 2023 sprechen für sich und sind umfassend dokumentiert.

Die gefahrlos zu verrichtende Arbeit von Rettungs- und Ordnungskräften ist ein sehr hohes und höchst schützenswertes Gut.

Auch die Bevölkerung muss vor Menschenleben gefährdenden Krawallmachern geschützt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Chen

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0408/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Treuhänder-Modell im Bezirk

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, inwieweit die Voraussetzungen zur Anwendung des Treuhänder-Modells nach dem Zweckentfremdungsverbot-Gesetz im Bezirk vorliegen und bei entsprechenden leerstehenden Häusern das Treuhänder-Modell zur Anwendung zu bringen.

Der BVV ist bis zum 31.03.23 zu berichten.

Begründung:

Das Land Berlin will im Rahmen von Pilotprojekten das Treuhänder-Modell am Beispiel von Häusern in der Odenwaldstraße in Tempelhof-Schöneberg und in der Kamerunerstraße in Mitte anwenden. Über das Treuhänder-Modell sollen leerstehende Wohnungen bzw. Häuser wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt werden und einen Beitrag zur Entlastung des angespannten Wohnungsmarktes leisten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD/Grüne

Sempf/Kaufmann/Spielberg/Kempf/Wei-
se/Chen

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0409/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Wohnen auf Zeit in Milieuschutzgebieten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, inwieweit die einzelnen Modelle des Wohnens auf Zeit nach dem sozialen Erhaltungsrecht der Genehmigungspflicht unterliegen und sie entsprechend zu versagen, wenn die Tatbestände für negative städtebauliche Folgewirkungen vorliegen.

Der BVV ist bis zum 30.04.23 zu berichten.

Begründung:

Die Gebietsbindung spielt beim Erhalt der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung eine entscheidende Rolle. Zeitlich befristete Wohnmodelle konterkarieren an dieser Stelle die erhaltungsrechtlichen Zielsetzungen, negative Auswirkungen auf die Auslastung bzw. Nutzung der lokalen Infrastruktur zu vermeiden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0410/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Ausbau der Fahrradabstellanlagen am S-Bahnhof Heerstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Bedarfsanalyse von Fahrradabstellanlagen im Bereich S-Bahnhof Heerstraße zu aktualisieren und den Ausbau von zusätzlichen Abstellanlagen so schnell wie möglich umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Der aktuelle Bedarf an Abstellanlagen kann bereits jetzt nicht mehr gedeckt werden. Ein Nachsteuern des Bezirksamtes ist daher dringend erforderlich. Insbesondere Pendler, die vom Fahrrad auf die S-Bahn umsteigen, sind auf ein Angebot angewiesen. Dieser Antrag ist als Ergänzung des Bezirklichen Fahrradabstellanlagenkonzepts zu verstehen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke-Friedrich/Beckers

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0411/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Weiterbildung und Teilhabe im Bezirk – Öffnung der bezirklichen Bibliotheken auch am Sonntag

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, ob die Sonntagsöffnung inklusive einem erweiterten Veranstaltungsangebot aller oder einzelner bezirklicher Bibliotheken auch nach Beendigung des „Netzwerks der Wärme“ möglich ist.

Begründung:

Interessierte Bürger und Bürgerinnen und insbesondere Kinder und Jugendliche sollten auch weiterhin die Möglichkeit haben, an beiden Tagen des Wochenendes die bezirklichen Bibliotheken zu nutzen. Im Focus soll hierbei nicht nur die Weiterbildung des einzelnen stehen, sondern auch die Erweiterung der sozialen Teilhabe, die durch das „Netzwerk der Wärme“ angestoßen wurde. Es ist politischer Konsens, alternative Räume für die Bürger unseres Bezirkes zu öffnen, um diese umfänglichen sozialen Bedürfnisse zu erfüllen. Bibliotheken eignen sich dabei in besonderer Weise als sogenannte „Dritte Orte“ zwischen Arbeits- oder Schulplatz und zu Hause. Sie sind nicht nur Lernraum, sondern gleichzeitig auch Orte des Austauschs und der Begegnung. Viele europäische Bibliotheken wie in Oslo oder Helsinki haben in den vergangenen Jahren diese „Dritten Orte“ in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt und können als beeindruckende Vorbilder gelten. Machen auch wir unsere Bibliotheken zum Wohnzimmer unseres Bezirkes.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Gronde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0412/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Blitzer auf der Uhlandstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich auf Senatsebene für die Errichtung eines Blitzers auf der Uhlandstraße einzusetzen (Abschnitt zwischen Blissestraße und Berliner Straße).

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Der Straßenabschnitt der Uhlandstraße zwischen Blissestraße und Berliner Straße ist auf Grund des hohen Aufkommens von motorisiertem Verkehr einer hohen Lärmbelastung ausgesetzt. Derzeit liegt die Geschwindigkeitsbegrenzung auf dem Abschnitt tagsüber bei Tempo 50, zwischen 22 und 6 Uhr bei Tempo 30. Da beide Geschwindigkeitsbegrenzungen überschritten werden, kommt es für die Anwohnenden zu einer erhöhten Lärmbelastung und einer erhöhten Gefährdung für den Rad- und Fußverkehr. Um beides zu verhindern, soll auf dem Abschnitt ein stationärer oder mobiler Blitzer zum Einsatz kommen.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0413/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Parkplätze auf der Königin-Elisabeth-Straße für die Anwohner zur Verfügung stellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zu erstellen, dass die Seitenstreifen und den Mittelstreifen der Königin-Elisabeth-Straße von dauerhaft abgestellten Miettransportern, Wohnmobilen etc. befreit, um erhebliche Sichtbeeinträchtigungen zu verhindern und um den somit freiwerdenden Parkraum wieder den Anwohnern zur Verfügung zu stellen.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Die zahlreichen Wohnmobile, Miettransporter sowie andere gewerblich genutzte Fahrzeuge blockieren dauerhaft den Parkraum im o. g. Bereich. Die Folge ist eine Verlagerung der Parkplatzsuche in die Alleen Alt-Westends. Die Größe der Fahrzeuge stellt zudem eine erhebliche Sichtbeeinträchtigung der Verkehrsteilnehmer dar, wenn diese in die Nebenstraßen der Königin-Elisabeth-Straße abbiegen wollen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke-Friedrich/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0414/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Zeiträume von Sondernutzungen des öffentlichen Straßenlandes überprüfen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, Zeiträume von Sondernutzungen des öffentlichen Straßenlandes, z. B. für Baustelleneinrichtungsflächen, zu überprüfen und beim Überschreiten der genehmigten Nutzungsdauer die unverzügliche Räumung der Flächen anzuordnen.

Begründung:

Meist erfolgt die Einrichtung von Baustelleneinrichtungsflächen im öffentlichen Straßenland zu Lasten von Parkplatzflächen. Und da die Zeiträume der temporären Sondernutzungen oft überschritten werden, werden diese Flächen dem Parkraum entzogen. Gerade in unserem Bezirk, in welchem ein erheblicher Parkraumdruck herrscht, sollen Flächen, die zum Parken vorgesehen sind, nicht länger als genehmigt anderweitig genutzt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0415/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Tempo 30 auf der Uhlandstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen für die Anordnung von Tempo 30 auf der gesamten Uhlandstraße einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Um die derzeitige Lärmbelastung für die Anwohnenden und die Verkehrssicherheit für Fußgänger:innen und Radfahrende zu erhöhen, soll möglichst auf der gesamten Uhlandstraße Tempo 30 eingerichtet werden.

Um Lärminderung insbesondere auf dem Abschnitt zwischen Blissestraße und Berliner Straße zu erreichen, soll dieser Straßenabschnitt umgebaut werden. Der genaue Zeitpunkt ist unklar, jedoch wird der Umbau laut Bezirksamt nicht vor 2026/27 durchgeführt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0416/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Eine öffentliche Toilette für den S-Bahnhof Messe Nord / ICC (Witzleben)

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie bei der Deutschen Bahn dafür einzusetzen, dass eine öffentliche Toilettenanlage am Ende der Rognitzstraße am S-Bahnhofzugang Messe Nord / ICC (Witzleben) eingerichtet wird.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Der oben genannte Bereich ist gerade bei Fußballspielen ein beliebter Ort für „Wildurinierer“. Für die Anwohner der Rognitzstraße und die Nutzer des S-Bahnhofes sollte daher dringend Abhilfe durch eine öffentliche Toilettenanlage geschaffen werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Grone-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0418/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Verkauf von Feuerwerk und Böllern stoppen – Umwelt und Klima schützen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, den privaten Kauf und Gebrauch von Pyrotechnik zukünftig zu verbieten.

Alternativ soll in jedem Bezirk ein öffentliches, kostenfreies Feuerwerk zum Jahreswechsel veranstaltet werden. Potenzielle Flächen sind in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verkehr und Klimaschutz auszuweisen. Ein barrierefreier Zugang ist zu gewährleisten.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Nicht erst seit der letzten Silvesternacht ist bekannt, dass der Gebrauch von Pyrotechnik und Böllern der Umwelt, der Tierwelt und Menschen massiven Schaden zufügt. Die Luftbelastung mit gesundheitsgefährdendem Feinstaub ist extrem hoch, die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Grenzwerte werden um ein Vielfaches überschritten. „Besonders an den Stunden nach Mitternacht treten Messwerte von bis zu mehreren 1000 Mikrogramm pro m³ im Stundenmittel auf.“¹

Die Lärmbelastung schadet sowohl Menschen als auch Tieren. „Verbrennungen, Schockzustände, geschädigte Hörorgane und andere Verletzungen werden bei Tieren nach Silvester festgestellt.“² „In Deutschland erleiden jährlich 8.000 Menschen zu Silvester Verletzungen des

¹ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/luft/luftschadstoffe/feinstaub/feinstaub-durch-silvesterfeuerwerk>

² <https://www.nabu-leipzig.de/stellungnahmen/silvesterappell/>

Innenohrs durch Feuerwerkskörper. Rund ein Drittel dieser Menschen behält bleibende Schäden, so eine Meldung im Deutschen Ärzteblatt im Jahre 2013.³

Zugleich werden durch die Nutzung von Pyrotechnik und Böllern rund um die Silvesternacht tausende Tonnen Müll produziert, die Umwelt und Klima stark belasten. Die in Pyrotechnik enthaltenen Schadstoffe verschmutzen Boden und Gewässer und gelangen in Wasserkreisläufe.

Die Berliner Stadtreinigung teilte mit, dass sie allein am Neujahrstag rund 520 Kubikmeter Müll beseitigt habe.

Um diese massiven Schäden für Umwelt, Tiere und Menschen zu verhindern, muss schnellstmöglich der private Kauf und Gebrauch von Pyrotechnik verboten werden.

Wie in anderen Ländern auch, sollte Silvester zukünftig ohne privates Feuerwerk und Böllerei stattfinden.

³ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/dicke-luft-jahreswechsel>

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Sandvoß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0419/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Erlass von Sondernutzungsgebühren durch den Senat kompensieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich an die zuständigen Senatsverwaltungen zu wenden, um über mögliche Kompensationen für ausgefallenen Sondernutzungsgebühren zu verhandeln, die nicht durch die erhöhte Zuweisung bereits ausgeglichen sind.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Seit Anfang 2021 wurden auf Beschluss des Senats die Sondernutzungsgebühren für Straßenfeste, Veranstaltungen, Nutzung der Gehwege für Gastronomie und Gewerbe auf öffentlichen Verkehrsflächen erlassen. Dies wurde so dann auch durch die Bezirke umgesetzt. Die CDU-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf begrüßt dieses Vorgehen ausdrücklich! Jedoch müssen die hierdurch resultierenden Ausfälle haushälterisch ausgeglichen werden.

Der Haushalt von Charlottenburg-Wilmersdorf ist, wie die Haushaltsberatungen aus dem Jahr 2022 ergeben haben, „auf Kante genäht“, wenn nicht gar verfassungswidrig. In jedem Fall ist er unterfinanziert. Dieser Zustand sollte durch weitere Ausfälle im Haushalt nicht verschärft werden.

Wenn daher der Senat von Berlin einen durchaus sinnvollen Beschluss fasst, so wie hier geschehen, dann muss er allerdings auch dafür Sorge tragen, dass die Bezirke in ihren Finanzmitteln dadurch keinen Schaden nehmen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel/Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0421/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Das ICC mit nicht-kommerzieller Zwischennutzung für Kunst und Kultur wiederbeleben

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber der Senatsverwaltung aktiv für eine nicht-kommerzielle Zwischennutzung des ICC für Kunst, (Club-)Kultur und Bildung einzusetzen (bspw. Ateliers, Produktions- und Proberäume für die freie Kunst- und Kulturszene der Stadt). Im Rahmen des anstehenden Konzeptverfahrens für eine dauerhafte Reaktivierung des ICC soll sich das Bezirksamt weiterhin für die nicht-kommerzielle Nutzung des Gebäudes einsetzen. Bei dem anstehenden Konzeptverfahren zur Zukunft des ICC soll das Bezirksamt darauf hinwirken, dass auch Vertreter:innen der Clubkommission und der Freien Szene beteiligt werden. Den zuständigen Fachausschüssen ist seitens des Bezirksamts regelmäßig über den Fortgang der Gespräche über eine Zwischennutzung als auch über die Entwicklung des Konzeptverfahrens zu berichten.

Der BVV ist bis zum 28. Februar 2023 zu berichten.

Begründung:

Das seit Jahren stillgelegte ICC ist eine Architekturikone. Angesichts des knappen Raums in der Kunst- und Kulturmetropole Berlin und der horrenden Mieten darf es keinen dauerhaften Leerstand und stetigen Verfall des Gebäudes geben. Stattdessen sollte eine Zwischennutzung der Räumlichkeiten für Kunst und Kultur, wie zum Beispiel durch die Berliner Festspiele im Oktober 2021, verstetigt werden. Ziel muss sein, dass die nicht-kommerzielle Nutzung des Gebäudes durch den Berliner Kunst- und Kulturbetrieb, Freie Szene und Clubkultur im Konzeptverfahren mit der Senatsverwaltung festzuschreiben. Das ICC soll als Ort vielfältiger, kultureller Nutzungsformen neu entstehen und kein Objekt für private und kommerzielle Massenveranstaltungen werden.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0422/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Beleuchtung des öffentlichen Raumes auch in Zeiten der Energiekrise gewährleisten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen und in Bereichen eigener Zuständigkeit dafür Sorge zu tragen, dass die Beleuchtung des öffentlichen Raumes gewährleistet bleibt. In geeigneten Fällen soll geprüft werden, ob die Errichtung von Bewegungsmeldern zu einer Energieeinsparung bei gleichzeitiger Erhaltung des erforderlichen Beleuchtungsniveaus führen kann.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Die aus dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine resultierende Energiekrise führt in allen Bereichen richtigerweise zu Energieeinsparüberlegungen. Wichtig ist, daß die zu treffenden Maßnahmen keine anderen sicherheitsrelevanten Probleme auslösen. Ein hinreichendes Beleuchtungsniveau ist – insbesondere in der aktuellen dunklen Jahreszeit – zentraler Bestandteil der öffentlichen Sicherheit. Sie verhindert die Schaffung von „Angsträumen“ und sorgt aktiv für die Gewährleistung von Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke-Friedrich/Bergmann

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0423/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Ideologischen Unsinn im Gierkekiez beenden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die im Gierkekiez rund um die Luisenkirche auf der Straße aufgestellten Poller und Fahrradbügel zurückzubauen.

Der BVV ist bis zum 30.06.2023 zu berichten.

Begründung:

Wir sind der Auffassung, dass Falschparken ordentlich kontrolliert werden sollte und man dazu keine unästhetischen weiß-roten Stäbchen braucht. Diese versperren auch einen viel größeren Bereich als die Überquerung für die Fußgänger.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Kollotschek

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0424/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Freie Schulträger stärker unterstützen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen für eine stärkere finanzielle Unterstützung der freien Schulträger einzusetzen. Insbesondere im Hinblick auf die steigenden Energie- und Sachkosten, aber auch durch die gestiegene Förderung von Integrationsklassen, soll die Grundfinanzierung wie bei Kitaträgern angepasst werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Vor dem Hintergrund des akuten und fortschreitenden Schulplatzmangels in Charlottenburg-Wilmersdorf müssen alle Schultypen im Blick behalten werden. Freie Schulträger können berlinweit für eine Entlastung sorgen und bei langfristiger Unterstützung mehrere tausend Schulplätze schaffen. Bereits jetzt besucht jedes zehnte Berliner Kind eine öffentliche Schule in freier Trägerschaft, Tendenz steigend. Vor dem Hintergrund der Inflation sowie der allseits bekannten Preisexplosion im Bereich der Energieversorgung ist eine Anpassung der Unterstützung unerlässlich, um allen Schülerinnen und Schülern der Stadt gleichwertige Chancen für ihre Bildungskarriere zu ermöglichen.

(Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/es-geht-um-die-existenz-tausende-platze-an-freien-schulen-in-berlin-in-gefahr-8626519.html>)

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Kollotschek

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0425/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Saubere Energie und saubere Luft – Ausschöpfen des Potenzials bezirkseigener Objekte I

Die BVV möge beschließen:

Unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes soll das Bezirksamt alle in öffentlicher Hand befindlichen Objekte und Neubauten des Bezirkes auf die Möglichkeit einer Nachrüstung mit Photovoltaik-Anlagen untersuchen und einen Aktionsplan für die schnelle Umsetzung dieser Projekte / Nachrüstungen aufstellen.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Ggf. mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
BVV-Büro
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0427/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Saubere Energie und saubere Luft – Ausschöpfen des Potenzials bezirkseigener Objekte II

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt soll einen Aktionsplan aufstellen, um die zusätzlich zur Verfügung stehenden bezirkseigenen Flächen, welche den Anforderungen für die Bebauung mit Photovoltaik-Anlagen nicht genügen, mit mehrjährigen luftreinigenden und klimatisch angepassten Bepflanzungen, die Insekten Nahrung und Wohnraum spenden, zu begrünen. Dabei können Photovoltaik-Anlagen und Dachbegrünungen in Kombination eingesetzt werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:
Ggf. mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
SPD-Fraktion
Sempff/Bodensiek

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0295/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
20.10.2022	BVV	BVV-013/6 schriftlich beantwortet
	BVV	

Wohngeldanträge in Charlottenburg-Wilmersdorf

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

die oben genannte Große Anfrage beantworte ich für das Bezirksamt wie folgt:

- 1. Inwiefern weicht die aktuelle IST-Personalsituation beim Wohnungsamt im Verhältnis zu den Soll-Stellen auch unter Berücksichtigung von Dauererkrankungen oder Elternzeiten ab?**

Im Wohnungsamt sind 15 Mitarbeiter*innen mit der Wohngeldbearbeitung befasst, einschließlich Fachbereichsleitung und Widerspruchsstelle. Hiervon sind mit Stand vom 18.10.2022 alle Stellen besetzt.

Die Gesundheitsquote liegt bei ca. 70 %.

- 2. Was sind die aktuellen durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für neue Wohngeldanträge?**

Momentan liegt die Bearbeitungszeit bei ca. 8 bis 10 Wochen.

- 3. Mit welchem personellen Mehraufwand im Wohnungsamt wird durch das dritte Entlastungspaket gerechnet, soweit die Bescheidungszeiten 2 Monaten nach Antragsstellung nicht überschritten werden sollen?**

Die Mindestausstattung an zusätzlichem Personal sind nach derzeitigen Berechnungen 20 Mitarbeiter*innen und 2,5 Mitarbeiter*innen für die Bearbeitung von Bildungs- und Teilhabeanträgen, die damit zusammenhängen.

Aufgrund der Ausschreibefristen und des gleichzeitigen Personalbedarfs aller anderen Wohngeldstellen ist nicht in einer absehbaren Zeit mit einer Stellenbesetzung zu rechnen.

Auch benötigen die Mitarbeiter*innen wenigstens eine Einarbeitungszeit von 3 Monaten. Aufgrund der Komplexität der Wohngeldvorschrift kann nicht einfach Personal (neu oder aus anderen Stellen) umgesetzt und eingesetzt werden.

Wir werden für die erste Zeit versuchen, über einen Personaldienstleister Kräfte zu bekommen.

Eine Bearbeitungszeit von 2 Monaten wird unhaltbar.

Mit freundlichen Grüßen

Arne Herz

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
AfD-Fraktion
Kohler/Kadow/Dr. Seyfert

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0298/6**

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	
20.10.2022	BVV	BVV-013/6 schriftlich beantwortet
17.11.2022	BVV	BVV-014/6

Energiesicherheit der Verwaltung

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

die Große Anfrage beantwortet das Bezirksamt wie folgt:

Die Beantwortung ist aus den Bereichen des Katastrophenschutzes und der IT-Stelle zusammengeführt worden.

- 1. Wie kann die Arbeit des Bezirksamtes im Falle eines sogenannten „Blackouts“ oder temporärer Stromabschaltungen weiterhin gewährleistet werden?*
- 2. Wie lange ist eine Versorgung durch Notfallmaßnahmen gewährleistet?*

Ich erlaube mir die erste und zweite Anfrage aus der Beantwortung des Katastrophenschutzes inhaltlich zusammenfassend zu beantworten:

Neben drei Schulstandorten (Arno-Fuchs Schule, Finkenkrug Schule, Schule am Rüdeshheimer Platz), Teilen der Bezirksgärtnerei und einer Sportstätte (Mommsenstadion) sind die beiden großen Bürodienstgebäude Otto-Suhr-Allee (OSA) und Hohenzollerndamm (HZD) mit Netzersatzanlagen ausgestattet, die bei einem Ausfall der allgemeinen Stromversorgung zumindest Teilbereiche der jeweiligen Liegenschaft mit Notstrom versorgen und somit die Aufrechterhaltung eines Dienstbetriebes sicherstellen. Dies dient insbesondere der Wahrnehmung ordnungsbehördlicher Aufgaben und der Sicherstellung des Katastrophenschutzes.

Die Dauer der Lauffähigkeit dieser Netzersatzanlagen hängt von mehreren Faktoren, wie der Leistungsabnahme (Stromverbrauch), dem Tankfüllstand und der Möglichkeit

einer Nachbetankung ab. Ursprünglich waren die Netzersatzanlagen in den beiden großen Bürodienstgebäuden so ausgelegt, dass sie am Standort Hohenzollerndamm 6 Tage und am Standort Otto-Suhr-Allee bis zu 14 Tage mit einer Tankfüllung laufen konnten. Letztgenannte Anlage war eigens für den Betrieb des Krisenstabes errichtet worden. Da mittlerweile jedoch in beiden Gebäuden viele Verbraucher über das Notstromaggregat mitversorgt werden, kann keine fundierte Aussage dazu getroffen werden, wie lange genau das Aggregat ohne Nachbetankung lauffähig ist.

- 3. Welche Vorkehrungen hat das Bezirksamt im Bereich der Datensicherung getroffen, um im Falle eines Stromausfalls keinen Datenverlust zu erleiden und ist der Zugriff auf diese Daten auch im Ernstfall gewährleistet (bspw. durch Server mit angeschlossenen Notstromgeneratoren)?*

Im Falle eines Stromausfalls wird das Rechenzentrum von einem Notstromgenerator versorgt. Bis der Generator angelaufen ist und Strom liefert, wird Strom durch eine USV-Anlage (Unterbrechungsfrei Stromversorgung) bereitgestellt.

Die IT-Stelle sichert die Daten im BA CW gemäß den Grundschutzanforderungen des BSI (Bundesamt für Sicherheits- und Informationstechnik). Dabei wird die 3-2-1-Regel angewendet. Das Grundkonzept der 3-2-1-Backup-Strategie besteht darin, dass von den zu schützenden Daten drei Kopien erstellt werden, die Kopien auf zwei verschiedenen Arten von Speichermedien gespeichert werden und eine Kopie der Daten an einen externen Standort geschickt wird. Die detaillierte Konzeption kann im Internet nachgelesen werden.

Ein Stromausfall hat auch nicht zwingend einen Datenverlust zur Folge, da wichtige zentrale IT-Systeme (ganze Serverräume) durch unterbrechungsfreie Stromversorgungen abgesichert sind. Weiterhin werden diese USVen durch Notstromanlagen in den wichtigsten Bereichen gespeist, die so lange laufen, bis der notwendige Kraftstoff nachgeliefert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Schmitt-Schmelz

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Zimmer/Balkow

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0305/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
17.11.2022	BVV	BVV-014/6
15.12.2022	BVV	BVV-015/6

Smart City Hardenbergplatz

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

die Große Anfrage beantwortet das Bezirksamt wie folgt:

1. Welche Rolle spielt der Hardenbergplatz als Mobilitätsstandort?

Der Knotenpunkt von U-Bahn, S-Bahn, vielen verschiedenen Bussen und Regionalbahnen machen den Hardenbergplatz zum zentralen Mobilitätsstandort in der City West. In den letzten Jahren haben auch die verschiedenen Angebote der Mikromobilität einen deutlichen Anteil an den Verkehrsbewegungen am Hardenbergplatz gewonnen, was letztendlich mit der Eröffnung von zwei Jelbi-Stationen vor einigen Wochen auch strukturell-räumlich dokumentiert wird. Die Funktion des Platzes wird in den nächsten Jahren noch einmal deutliche Veränderungen erfahren. Im Zusammenhang mit den Neubau-maßnahmen in der Hetzallee Nord muss der dortige Busbahnhof für die Bauzeit verlagert werden und wird die nördlichen Bereiche des Hardenbergplatzes einnehmen. Mittelfristig wird sich die Verkehrsfunktion des Hardenbergplatzes dann auch durch die Endhaltestelle der Straßenbahn erneut verändern.

Neben diesem erheblichen Umsteigeverkehr ist der Hardenbergplatz aber auch der Ankunftspunkt für viele Menschen in der Innenstadt. Zehntausende von Menschen haben den Hardenbergplatz als Zielpunkt des ÖPNV auf ihrem Weg zur Arbeit und auf dem Weg zum Einkaufen, in die Kulturinstitutionen oder zum Sightseeing. Zurzeit definieren sich hierdurch erhebliche Fußgängerverkehrsströme aus den Verkehrsbereichen nach Süden zur Kreuzung Hardenbergstraße/Joachimsthaler Straße. In die andere Richtung nach Norden sind die Besucherinnen und Besucher des Zoos zu nennen, die neben der Querung des Platzes auf ihrem Weg zum Zooeingang bei hohem Besucherandrang den nordöstlichen Platzbereich auch als Wartezone vor den Eingangstoren nutzen.

Neue Fußgängerverkehrsströme Richtung Norden werden durch die geplanten Neubauten in der Hetzallee Nord mit einigen tausend neuen Arbeitsplätzen und dem studentischen Wohnen entstehen.

Für viele Menschen ist der Hardenbergplatz auch Treffpunkt und Aufenthaltsort auf ihrem Weg zur Stadtmission und den dortigen Angeboten für obdachlose Menschen.

Viele auswärtige Menschen, die Berlin besuchen und dabei auch die City-West mit ihren touristischen Attraktionen und dem attraktiven Einzelhandel besuchen wollen, erhalten ihren ersten Eindruck der City-West nach dem Verlassen eines Verkehrsmittels durch den Hardenbergplatz, der damit auch als Visitenkarte der City-West wahrgenommen wird.

Aktuell ist der Hardenbergplatz aber auch noch eine wichtige Adresse für den motorisierten Individualverkehr. Er ist ein großer Parkplatz und er ist trotz der schwierigen Verkehrsführung eine kurze Verbindung nach Norden in Richtung Moabit und Wedding für Fahrzeuge aus den Bereichen Bundesallee/Spichernstraße.

2. Welche Ziele verfolgt das Projekt Smart City am Hardenbergplatz?

Das Pilotprojekt SMART SPACE Hardenbergplatz ist eines von fünf Teilprojekten eines Gesamtkonzeptes der Senatskanzlei, das vom Bund gefördert wird. Alle Teilprojekte bearbeiten neue Arbeitsstrukturen und Möglichkeiten im Zusammenspiel von Verwaltung und Bürger*innen, neue Beteiligungsformate und die sich daraus ergebenden Chancen für eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Kommunalpolitik und Verwaltung durch die Digitalisierung.

Auf dem südlichen Teil des Hardenbergplatzes im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wird im Rahmen des Umsetzungsprojekts SMART SPACE Hardenbergplatz des Förderprogramms „Modellprojekt Smart Cities – Stadtentwicklung und Digitalisierung“ (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat/BMI) eine typische städtische (Bahnhofs-) Vorplatzsituation beispielgebend neugestaltet. Hier treffen fast alle Mobilitätsformen (ÖPNV, DB Regional- u. Fernverkehr, MIV, Sharing Mobility) aufeinander. Um Flächen wie den Hardenbergplatz zukünftig bedarfsgerechter zu gestalten, braucht es neue Formen der Governance öffentlicher Flächen, zum Beispiel in Form innovativer Betreibermodelle. Es soll die Frage geklärt werden, wie es unter dem Einsatz von digitalen Tools möglich werden kann, Flächen je nach Bedarf flexibel zuzuteilen und damit unterschiedlich zu nutzen. Dazu ist es notwendig ein Betreibermodell zu entwickeln und neue rechtliche Rahmen zu definieren. Mit Hilfe einer digitalen Verhandlungsplattform sollen in der Projektlaufzeit 2022 bis 2026 Nutzungsbedarfe harmonisiert und bei Bedarf auch vom Hardenbergplatz temporär ferngehalten werden, um dort die Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen zu verbessern. Das bisherige System von Sondernutzungsanträge ist für die flexible (stundenweise, tageweise, monatsweise) völlig ungeeignet. Hierbei sind unzählige Fragen zu klären. Wer entscheidet? Nach welchen Kriterien gibt es Nutzungserlaubnisse? Welche Nutzungen werden monetarisiert? Wie wird die Nutzung dann auch kontrolliert und die ungenehmigte Nutzung sanktioniert?

Deutschlandweit gibt es viele vergleichbare Plätze, deren Gestaltung hinsichtlich multimodaler Mobilitätsangebote bzw. Flächennutzung des öffentlichen Raums zu unflexibel, also veraltet ist. In den kommenden fünf Jahren Laufzeit von SMART SPACE Hardenbergplatz soll ein innovatives Betreibermodell entwickelt werden, das über eine smarte Verhandlungsplattform, die flexible temporäre Nutzung des sich zurzeit vorwiegend im öffentlichen Besitz befindlichen Stadtplatzes ermöglicht. Um Betreiberkonzept und digitale Verhandlungsplattform nicht nur funktionsfähig und finanzierbar, sondern auch rechtssicher und dem Gemeinwohl verpflichtet gestalten zu können, werden sie vom zuständigen Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf gemeinsam mit den zuständigen Senatsverwaltungen, der Wirtschaft, den Anlieger*innen, Verbänden sowie externer

Expertise erarbeitet. In der Praxisphase sollen diese beiden Neuerungen anhand von Pop-up-Interventionen und MobilityHubs mit den Elementen Freiraum-Zonierung, Anschlussmobilität, Reisendenlenkung, Aufenthaltsqualität, Sicherheit sowie Nachhaltigkeit getestet und überprüft werden.

Dies ist der formale Projektinhalt. Für den Bezirk ergibt sich damit aber die Chance eine seit vielen Jahren ungeklärte Problemstellung des Nutzungs- und Gestaltungskonzepts für den Hardenbergplatz anzugehen.

Neben seiner oben beschriebenen verkehrlichen Funktion ist der Hardenbergplatz eben auch das Eingangstor in die City-West und damit imagebildend für die City-West. Es gilt also einen Platz zu entwickeln, der seiner hohen verkehrlichen Funktion gerecht wird und trotzdem eine hohe Aufenthaltsqualität hat, der Lust auf das Erkunden immer neuer Angebote und Strukturen macht, der weiterführt in die City West und einen ersten Überblick über die Angebote im Umfeld gibt.

Das Werkstadtforum City-West und auch der nunmehr vorliegende Arbeitsentwurf für die Bereichsentwicklungsplanung City-West definieren den Hardenbergplatz daher auch selbstverständlich nicht singulär, sondern als bedeuten Platz in der Reihung Hardenbergplatz, Breitscheidplatz, Los-Angeles-Platz. Diese Achse der Plätze hat ihren Ausgangs- und Endpunkt für viele Gäste der City-West am Hardenbergplatz.

Die ersten Diskussionen und Abstimmungen im Rahmen der Projektkonzipierung haben deutlich gemacht, dass die Nutzungsansprüche für den Hardenbergplatz nicht alle auf dem Platz erfüllt werden können. Die Einbeziehung der Nebenstraße in die Diskussionen wird sich kaum vermeiden lassen, um Nutzungsdruck vom Platz zu nehmen. Dies ist aber auch notwendig, weil die bisherige Rückseite des Bahnhofs durch die Entwicklungen in der Hertzallee Nord und Süd deutlich aufgewertet wird und eine attraktive Verbindung zu den neuen Quartieren darstellen wird. Klar geworden ist auch, dass die Rolle des motorisierten Individualverkehrs auf dem Hardenbergplatz deutlich reduziert werden muss und die riesigen Parkplatzflächen dort keine Zukunft mehr haben werden.

Die vielfältigen Ansprüche an den Hardenbergplatz werden sich nur durch eine hochflexible Mehrfachnutzung der Flächen erfüllen lassen. Eine Fläche die morgens im Berufsverkehr eine Busfläche ist, dann als Ladezone genutzt wird und am Abend vielleicht ein Kulturstandort ist und am Sonntag noch ein attraktiver Wartebereich für den Zoo. Das wäre die Zukunftsvision von der wir noch weit entfernt sind. Technisch ist das alles mittlerweile möglich, aber das muss gesteuert werden und dazu braucht es eine Struktur. Diese soll entwickelt werden.

3. Welche Chancen bietet das Projekt für die Bürger*innenbeteiligung?

Wesentlicher Teil des Projekts ist die Fragestellung, wie die Möglichkeiten der Digitalisierung auch die bisherigen Formen der Bürgerbeteiligung verändern werden. Hier gilt es für uns viele verschiedene Instrumente auszuprobieren. So haben wir in der Eröffnungsveranstaltung am 26.11. Herrn Hardenberg wieder zum Leben erweckt. Der große preußische Verwaltungsreformer wird uns in den nächsten Jahren durch den Prozess begleiten und als zentrale Figur der Kommunikation entwickelt. Er wird über die nächsten Schritte und Planungen berichten, er wird Fragen beantworten, er wird Beteiligungsformate moderieren. Aber natürlich wird es auch Möglichkeiten geben mit einem digitalen Zwilling digital verschiedene Planungen auszuprobieren, anzusehen und zu verstehen. Und wir können flexible Nutzungen einfach mal für ein paar Tage, Wochen oder Monate probieren und schauen, wie sie ankommen, ob sie funktionieren oder ob sie auf dem Platz stören. Wenn wir es gut hinbekommen, dann entwickeln wir am Beispiel des Hardenbergplatzes Bausteine für ein neues Planungs- und Beteiligungsverständnis, das uns dann auch für viele anderen Prozesse zur Verfügung steht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
CDU-Fraktion
Häntsch/Fenske

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0306/6**

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	
17.11.2022	BVV	BVV-014/6 vertagt
15.12.2022	BVV	BVV-015/6

Die unendliche Geschichte im Bezirk "Der Sportentwicklungsplan"

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
sehr geehrter Herr Häntsch,
sehr geehrter Herr Fenske,

1. Welche Maßnahmen wurden, wann und mit welchen Organisationen zusammen ergriffen, um den Sportentwicklungsplan fertig zu stellen und umzusetzen?

Der bezirklichen Sportentwicklungsplanung ist ein umfangreicher Prozess in der letzten Wahlperiode vorausgegangen. Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf hat mit Unterstützung des Senats den integrierten kommunalen Sportentwicklungsplan“ (ISEP) in Auftrag gegeben. Für diesen Sportentwicklungsplan wurden in der letzten Wahlperiode im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf alle Sportvereine, Schulen und Kindertagesstätten in die Analysen einbezogen. Das Ergebnis in Form der 215 Seiten langen Sportentwicklungsplanung wurde im Rahmen der 38. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Sport am Freitag, dem 10.09.2021, beschlossen. Dort können auch die umfangreichen Akteure von der bezirklichen Steuerungsgruppe über die gesamtstädtische Steuerungsgruppe bis zum Bezirkssportbund sowie die Einbindung der Fachhochschule für Sport und Management Potsdam entnommen werden.

2. Welche Investitionsmittel wurden vom Bezirksamt eingestellt bzw. an den Senat für Landesmittel gemeldet?

Zur weiteren Beantwortung Ihrer ersten Frage in Verknüpfung zur zweiten Fragestellung wurde innerhalb der Verwaltung entsprechend der Beschlussfassung im benannten Ausschuss eine Kostenübersicht der benötigten finanziellen Mittel auf Basis der bezirklichen Sportentwicklungsplanung für Charlottenburg-Wilmersdorf ermittelt. Das Bezirksamt hat mit Schreiben vom 03.11.2022 dem Senat einen finanziellen Bedarf von ca. 96 Millionen Euro zur Umsetzung des bezirklichen Sportentwicklungsplanes gemeldet und mitgeteilt, dass einige Sportanlagen nicht betrachtet wurden und hier weitere Bedarfe nach erfolgter Betrachtung hinzugefügt werden müssen.

Davon entfallen gerundet:

22.678.373 € auf Modellprojekte der Sportinfrastruktur (ohne Bestandsinstandsetzungsmaßnahmen).

Entsprechend des Sportentwicklungsplans beinhaltet dies auf 7 Standorten:

- 22 Neubaumaßnahmen
- 12 Maßnahmen zur Bestandsaufwertung
- 15 Maßnahmen zur Aufwertung für Nutzende

(Schließfächer u. a.)

3.653.760 € entfallen auf Modellprojekte im öffentlichen Raum (ohne Bestandsinstandsetzungsmaßnahmen)

Entsprechend des Sportentwicklungsplanes betrifft dies 8 Standorte mit insgesamt:

- 7 Neubaumaßnahmen
- 12 Maßnahmen zur Bestandsaufwertung
- 6 Maßnahmen zur Aufwertung für Nutzende

(Schließfächer u. a.)

70.638.746 € entfallen auf den Bedarf der Bestandsinstandsetzung:

Dies beinhaltet:

gedeckt: 7 Sporthallen

ungedeckt:

35 GSF, 68 KSF, 19 Weitsprunganlagen,

21 Kurzstreckenlaufbahnen, 4 Drei- und Weitsprunganlagen,

2 Kugelstoßanlagen, 4 400m-Rundlaufbahnen,

6 Tennisplätze, 2 Diskuswurfanlagen, 2 Speerwurfanlagen.

3. Welche Gründe lagen vor, den Sportentwicklungsplan bisher nicht in die Umsetzung zu bringen?

In Überleitung zu Ihrer dritten Fragestellung möchte ich Ihnen nicht verhehlen, dass ich mit dem aktuellen Verfahrensstand nicht zufrieden bin und Ihre Fragestellungen nachvollziehe. Es liegt bisher vom Senat keine Finanzierungszusage vor, aus dem sich eine schnelle bzw. umfängliche Umsetzung des Sportentwicklungsplanes ableitet.

Dazu habe ich den Senat auch aktuell geschrieben und werde nach Rückantwort im Schul- und Sportausschuss berichten.

Im Kontext des hohen Finanzierungsbedarfes, den sie sicherlich auf zwölf Bezirke mehr oder weniger spiegeln können, wird die gesamtstädtische Herausforderung deutlich. Zum einen mit Blick auf die erforderlichen finanziellen Mittel und zum anderen auf die begrenzten Flächenpotenziale bei zugleich steigendem Gesamtbedarf.

Verzögerungsaspekte intern sind bzw. waren unweigerlich sowohl die pandemische Situation zum Jahreswechsel 2021/2022 mit den Auswirkungen auf den Personalkörper. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus mit anschließender Regierungsbildung sowie vorläufiger Haushaltswirtschaft und natürlich auch aktuelle Herausforderungen, die wiederum personelle und finanzielle Kapazitäten binden.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Schmitt-Schmelz

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage

FDP-Fraktion

Recke-Friedrich/Bergmann

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0307/6**

Beratungsfolge:		
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
17.11.2022	BVV	BVV-014/6 vertagt
15.12.2022	BVV	BVV-015/6

Bilanz zu einem Jahr Bezirksbürgermeisterin und Zählergemeinschaft – der Anfang vom Ende?

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

das Bezirksamt beantwortet die o.g. Große Anfrage wie folgt:

1. Welche Erfolge hat die Zählergemeinschaft in Bezug auf die vereinbarte Transformation zum E-Government im besonderen Hinblick auf die E-Akte erzielt – in welchen Bereichen ist der Bezirk im ersten Jahr der Zählergemeinschaft „digitaler“ geworden und ist damit dem Ziel der Zählergemeinschaftsvereinbarung nähergekommen, vor allem die Beschäftigten zu entlasten?
2. Wie gehen Sie mit der Bewältigung des Fachkräftemangels und der Schaffung attraktiverer Arbeitsbedingungen um – was sind konkrete Schritte, wie die Zählergemeinschaftspartner mehr Personal generiert und vor allem die Ausbildungsquote erhöht?
3. Wie steht es um einige in der Zählergemeinschaftsvereinbarung konkret genannte Anliegen, beispielsweise dem Ziel mehr Sozialwohnungen zu bauen, durch die Realisierung von neuem Wohnraum?

Zu 1. – 3.:

Die Große Anfrage ist auf eine Bilanz der Zählergemeinschaftsvereinbarung gerichtet: Zu 1. wird danach gefragt, welche Erfolge die Zählergemeinschaft bei der Digitalisierung der Verwaltung erreicht hat.

Zu 2. wird nach dem Umgang der Zielgemeinschaftspartner mit dem Fachkräftemangel gefragt sowie danach, wie die Zählergemeinschaftspartner mehr Personal generieren.

Frage 3. hat in der Zählergemeinschaftsvereinbarung konkret genannte Anliegen wie den sozialen Wohnungsbau zum Gegenstand.

Das Bezirksamt bittet um Verständnis, dass es die Große Anfrage nicht beantworten kann: Die Zählgemeinschaftsvereinbarung ist eine vertragliche Regelung, die die Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und von SPD in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf sowie die jeweiligen Kreisverbände der beteiligten Parteien geschlossen haben. Das Bezirksamt Charlottenburg –Wilmersdorf, für das ich als Bezirksbürgermeisterin auf die Große Anfrage antworte, ist keine an der Zählgemeinschaftsvereinbarung beteiligte Vertragspartei. Das Bezirksamt kann keine Evaluierung der Zählgemeinschaftsvereinbarung vornehmen und auch keine Bewertungen zum Erreichungsgrad einzelner Ziele der Vereinbarung abgeben. Insoweit bittet das Bezirksamt darum, die entsprechenden Fragen direkt an die an der Zählgemeinschaftsvereinbarung beteiligten Vertragspartner zu richten.

Mit freundlichen Grüßen

Kirstin Bauch

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Chen/Gusy

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0377/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
15.12.2022	BVV BVV	BVV-015/6 schriftlich beantwortet

Neubau in der Wilmersdorfer Straße 118 - gut für den Kiez und das Klima?

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

die Große Anfrage beantwortet das Bezirksamt wie folgt:

Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung zu diesem Grundstück.

Wie bekannt ist, läuft der Mietvertrag von Galeria Karstadt Kaufhof Anfang 2024 aus.

Die Grundstückseigentümerin – in diesem Fall kein Unternehmen aus dem Konzern von Herrn Benko – ist bestrebt für den Fall einer möglichen Warenhausaufgabe auf dem Grundstück eine Handels-, Büro- und Wohnnutzung im Rahmen der umgebenden Blockrandstruktur zu entwickeln. Sie hat hierzu einen Antrag auf Vorbescheid gestellt.

Das Bezirksamt befindet sich dazu in Gesprächen mit der Eigentümerin. Für diesen Fall ist der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages geplant.

1. „Welche ökologischen Anforderungen stellt das Bezirksamt an das Haus bzw. Sind beabsichtigt mit dem Investor zu vereinbaren?“

Zu 1.

Nach den vorgelegten Unterlagen plant die Vorhabensträgerin in ökologischer Hinsicht deutlich über die gesetzlichen Anforderungen hinauszugehen. Konkret ist vorgesehen – ich zitiere – :

„Das Bauvorhaben ist als nachhaltiges und zukunftsorientierter Areal konzipiert. Als Nachweis der ganzheitlich nachhaltigen Qualität wird eine BREEAM DE Zertifizierung mit dem Exzellenzgrad „exzellent“ für die Neubauten angestrebt. Weiterhin wurde als Ziel definiert, die CO₂e-Emissionen für die Konstruktion und den Betrieb so weit wie

möglich zu reduzieren. Um diese Ziele zu erreichen sind Nachhaltigkeitsexperten über den gesamten Planungs- und Bauprozess aktive Mitglieder des integralen Planungsteams. Aktuell sind zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele u.a. Holz- und Holz-Hybrid-Konstruktionen, der Einsatz nachhaltig gewonnener Materialien, ein hoher Biodiversitätsfaktor sowie ein nachhaltiges Energiekonzept angedacht.“

Das Bezirksamt strebt an, in den weiteren Gesprächen eine weitergehende ökologische Qualität der geplanten Gebäude zu vereinbaren und vertraglich abzusichern.

Weiterhin strebt das Bezirksamt in verkehrlicher Hinsicht die Vereinbarung eines Mobilitätskonzepts an, um die Umgebung von zusätzlichen Verkehren, insbesondere des Individualverkehrs zu entlasten. Themen wie die Wärmeversorgung und die CO²-Bilanz von Baustoffen, werden wir auch in die Diskussion einbringen.

2. „Welche Zielstellungen verfolgt das Bezirksamt beim Bau des Hauses in der Wilmersdorfer Straße 118 (heute Karstadt) besonders im Bereich des Gemeinwohls und welche Nutzungsanteile sind bisher geplant?“

Zu 2.

Das Bezirksamt hat das Ziel, dass das Grundstück auch nach einer möglichen Warenhausaufgabe des Karstadt eine attraktive und zeitgemäße Magnetfunktion für die Wilmersdorfer Straße bietet. Dabei stehen neben der Möglichkeit einer – ggf. reduzierten Warenhausnutzung – insbesondere eine Aktivierung durch Nutzungen mit Publikumsverkehr im Raum, die zu einer weiteren Belebung der Straße beitragen. Das Bezirksamt prüft zudem, ob eine Integration öffentlicher Nutzungen oder von Orten des Gemeinwohls möglich ist.

In den Seitenstraßen (Pestalozzistraße und Goethestraße) soll innerstädtischer Wohnraum gesichert und geschaffen werden. In diesem Zusammenhang verfolgt das Bezirksamt das Ziel, einen Anteil mietpreisgebundener Wohnungen zu sichern und die Eigentümerin zur Finanzierung bzw. Schaffung von sozialer Infrastruktur (Grundschule, Kita) als Wohnfolgeeinrichtungen zu verpflichten.

3. „Wie wird die Beteiligung der BVV und der Bürger* innen vor Ort erfolgen?“

Zu 3.

Sobald die Abstimmung zu vertraglichen Inhalten zwischen Bezirksamt und Vorhabensträgerin einen gewissen gefestigten Stand erhalten haben, ist eine Vorstellung im Ausschuss für Stadtentwicklung geplant.

Das Standortmanagement der Wilmersdorfer Straße sowie nach Einrichtung des Büros der Bürger:innenbeteiligung sollen und werden diese im Prozess – insbesondere im Hinblick auf mögliche Nutzungen – mit eingebunden.

Mit freundlichen Grüßen

Schmitz-Grethlein

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0378/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
15.12.2022	BVV	BVV-015/6 vertagt

Fahrradbügel im Bezirk

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

die Große Anfrage beantwortet das Bezirksamt wie folgt:

- 1. „Wie wurden die Einwohner und Einwohnerinnen bei der Erstellung des Fahrradabstellkonzept eingebunden und könnte sich der Bezirk vorstellen, noch einmal einen Aufruf zur Beteiligung zu starten?“**

Es erfolgte keine Einbindung der Einwohnerschaft bei der vom Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf beauftragten Fortschreibung der Untersuchungen des Fahrradparkens innerhalb des S-Bahnringes. Die Methodik der Fortschreibung basierte auf einer Erhebung im Rahmen einer Begehung unter vergleichbaren Bedingungen bei fahrradtauglichen Witterungsbedingungen. Erfasst wurden räumliche Verortung, Art der Abstellanlage, Kapazität und Auslastung der Anlagen, frei abgestellte Fahrräder, Mängel (gestalterisch, funktional) an den Anlagen und zusätzlich die Zahl an Sharing-Fahrrädern.

(vgl. Präsentation im Ausschuss für Straßen und Grünflächen 2019, Download unter: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutz/klimaschutz/mobilitaet/artikel.899525.php>)

Bei Erhebungen, die auf Rückmeldungen aus der Bevölkerung basieren, muss man von Verzerrungen ausgehen, da beispielsweise abhängig von der Erhebungstechnik einzelne Gruppen überproportional erreicht werden und sich beteiligen.

Das Bezirksamt steht weiter hinter dem gewählten Ansatz für den Zweck eines Fahrradabstellanlagenkonzepts. Ein nochmaliger Aufruf zur Beteiligung hätte in diesem Fall keinen objektiven Mehrwert. Ergebnisse aus Beteiligungen sind beispielsweise bei der Errichtung von Lastenfahrradbügeln oder E-Ladesäulen eingeflossen, bei denen es (noch) keine allgemeine Verbreitung gibt.

- 2. „Wird der Bezirk, wie im Antrag (DS-Nr.: 0691/5) im Jahr 2018 beschlossen, das Fahrradabstellkonzept auf der bezirklichen Homepage abrufbar machen und ergänzend dazu über eine interaktive Karte das Konzept visualisieren?“**

Unter o.g. Link sind bereits seit Jahren wesentliche Informationen zur Fortschreibung der Untersuchungen des Fahrradparkens innerhalb des S-Bahnringes veröffentlicht. Eine Visualisierung war nicht Bestandteil des Auftrags. Eine Ergänzung der veröffentlichten Daten wird zeitnah geprüft und ggf. veranlasst.

- 3. „Gab es bisher eine Evaluation der im Fahrradabstellkonzept geplanten oder der bereits realisierten Standorte und wenn ja, mit welchem Ergebnis?“**

Bisher gab es noch keine Evaluation der Standorte. Eine systematische Evaluation ist zurzeit auch nicht vorgesehen. Das Augenmerk liegt auf der Umsetzung. Eine Evaluation der Bestandsstandorte (Auslastung, Mängel) wäre dann wieder Bestandteil einer erneuten Fortschreibung.

Mit freundlichen Grüßen

Schruoffeneger

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
CDU-Fraktion
Häntsch/Sandvoß

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0379/6**

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	
15.12.2022	BVV	BVV-015/6 schriftlich beantwortet

Standortmanagement für die Uhlandstraße einrichten!

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

das Bezirksamt beantwortet die o.g. Anfrage wie folgt:

- 1. Sind dem Bezirksamt das Ausmaß des Leerstands von Ladenlokalen und die Anzahl der Geschäftsaufgaben in der Uhlandstraße in dem Abschnitt zwischen der Lietzenburger Straße und der Blissestraße bekannt und wie hoch ist der aktuelle Leerstand?**

Ein Leerstandskataster existiert nicht, dennoch ist die Fachgruppe Einzelhandel von Berlin Partner dabei, dieses aufzusetzen. Eine konkrete Zahl ist dem Bezirksamt nicht bekannt, da es auch nicht seriös ermittelt werden kann. Eine Immobilienanalyse kann auf Grund der fehlenden Daten nicht aufbereitet werden. Eine Ansprache der Eigentümer:innen fand bisher nicht statt. Dieses ist auf Grund von Kapazitätsgrenzen der bezirklichen Wirtschaftsförderung nicht möglich.

- 2. Was macht die bezirkliche Wirtschaftsförderung, um die Gründe für die Geschäftsaufgaben und den Leerstand zu analysieren?**

Einen besonderen Schwerpunkt der bezirklichen Wirtschaftsförderung ist die Begleitung von Geschäftsstraßenarbeitsgemeinschaften in Charlottenburg-Wilmersdorf. Durch den regelmäßigen Austausch mit den Geschäftsstraßenvertretungen erfährt die bezirkliche Wirtschaftsförderung aus erster Hand, welche Entwicklungen sich am jeweiligen Geschäftsstandort ergeben und welche Art von Hilfe und Unterstützung sich die Geschäftsleute von Seiten der Bezirksverwaltung wünschen.

Es ist nicht die Aufgabe der bezirklichen Wirtschaftsförderung, Geschäftsaufgaben und den Leerstand aktuell zu analysieren.

Da der bezirklichen Wirtschaftsförderung kein aktives Netzwerk bekannt ist, wird auch keine Projektarbeit o.ä. stattfinden können.

Gerne ist die bezirkliche Wirtschaftsförderung Anlaufstelle für die Gewerbetreibenden und unterstützt diese in jeder Art von Fragestellungen.

Außerdem unterstützt die bezirkliche Wirtschaftsförderung Unternehmen aus dem Bezirk sowie Ansiedlungsinteressierte bei Genehmigungsverfahren. Dabei ermittelt momentan das Büro der Wirtschaftsförderung in der Funktion als Lotsen die richtigen Kontaktpersonen in der Verwaltung sowie die Experten u. Expertinnen z.B. bei der IBB (Investitionsbank Berlin) oder Berlin Partner (Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes Berlins).

3. Wann spätestens beabsichtigt das Bezirksamt und mit welchen Maßnahmen, dem Leerstand und den Geschäftsaufgaben in der Uhlandstraße zu begegnen?

Sofern sich ein Netzwerk oder Arbeitsgemeinschaft auf der Uhlandstraße aus Gewerbetreibenden gegründet hat, kann die bezirkliche Wirtschaftsförderung aktiv bei der Umsetzung und Unterstützung Hilfestellung leisten. Ein Vorbild kann die AG Wilmersdorfer Straße oder die AG City sein, sowie auch die anderen Straßengemeinschaften der DACH AG in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Mit freundlichen Grüßen

Kirstin Bauch

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
AfD-Fraktion
Kohler

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0380/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
15.12.2022	BVV	BVV-015/6 schriftlich beantwortet
	BVV	

Kita-Entwicklungsplanung im Bereich der Lietzenburger Straße

Sehr geehrter Herr Vorsteher,

die Große Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Welche Gründe gibt es für den durch das bezirkliche Jugendamt festgestellten Umstand, dass in der Bezirksregion 10, welche den Bereich um die Lietzenburger Straße umfasst, zum 31.12.2021 der größte Mangel an Kinderbetreuungsplätzen - bezogen auf alle Bezirksregionen - besteht?

Als Ursache für die im Bezirksvergleich nach unten abweichende Platzbilanz wird das geringe Angebot an geeigneten Räumlichkeiten angenommen.

2. Warum ist bei den vorgestellten Maßnahmen zum Platzausbau in den nächsten Jahren keinerlei Verbesserung für die Bürger und deren Familien in diesem Bereich geplant und vorgesehen?

Die Bewohner*innen profitieren von Ausbaumaßnahmen in den angrenzenden Bezirksregionen, sodass mit einer Vergrößerung des nutzbaren Angebots zu rechnen ist.

3. Wie will das Bezirksamt Initiativen, die zum Ziel haben, einen Wohnungstausch zwischen Bürgern mit großen Wohnungen, welche den Platz nicht mehr benötigen und Familien mit kleinen Kindern, welche diesen Platzbedarf haben, unterstützen, wenn absehbar für diese Familien mit kleinen Kindern keine ausreichende Möglichkeit der Kinderbetreuung besteht?

Aus Sicht des Bezirksamtes sind Wohnungstauschinitiativen nicht in Abhängigkeit von der Kinderbetreuungssituation zu betrachten.

D. Wagner

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Nebel/Balkow

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 0426/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Klimaschutz durch Radverkehr

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Welche Ziele verfolgt das Bezirksamt mit der im Förderprogramm „Klimaschutz durch Radverkehr“ des BMWK eingereichte Projektskizze zur Verbesserung der lokalen Radverkehrsinfrastruktur?
2. Welchen Verfahrensstand hat das Projekt?
3. Evaluiert das Bezirksamt systematisch aktuelle Förderprogramme des Bundes und der Europäischen Union, um ggf. Anträge auf Fördermittel zu stellen?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
CDU/SPD/Grüne/LINKE
Häntsch/Sell

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 0428/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Pop-Up-Radweg Kantstraße – Risiko für Anwohnerinnen und Anwohner?

Ich frage das Bezirksamt:

1. In welcher Form hat das Bezirksamt die Eigentümer bzw. Anwohnerinnen und Anwohner über den Wegfall des 2. Rettungsweges durch fehlende Möglichkeit zur Anleiterung in den oberen Geschossen informiert und welche Sicherheitshinweise im Rahmen des vorbeugenden Brandschutzes gegeben?
2. Mit welcher rechtlichen Begründung stellt das verantwortliche BA-Mitglied das bestehende Baurecht in Frage und welche Stellungnahme der Bauaufsicht gibt es?
3. Welche kurzfristigen Maßnahmen hat das Bezirksamt bereits ergriffen und wird es noch ergreifen, um dieses Risiko für die Eigentümer bzw. Anwohnerinnen und Anwohner zu beenden, um den Brandschutz wieder herzustellen?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
AfD-Fraktion
Kohler/Kadow/Dr. Seyfert

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 0429/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Personalausfall in Kitas

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie groß war der Personalausfall in den Kitas im Bezirk in den Monaten Oktober 2022, November 2022 und Dezember 2022?
2. Wie viele Kitas mussten im jeweiligen Monat ihre Öffnungszeiten aufgrund von Personalausfall verkürzen und in wie vielen Fällen waren die Personalausfälle an den Kitas so dramatisch, dass sie der Senatsverwaltung als „besonderes Vorkommnis“ gemeldet werden mussten?